

Ausschuss für Kultur und Medien

Wortprotokoll*

50. Sitzung

**Berlin, 16. Februar 2005, 16:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300**

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn, MdB

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum

**Antrag der CDU/CSU-Fraktion
"Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland",
Bundestagsdrucksache 15/3048**

*) Redaktionell überarbeitete Bandabschrift

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses
(Mitglieder des Bundestages, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, in Klammern)

SPD

Barthel, Eckhardt
Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Hilbrecht, Gisela
Krüger-Leißner, Angelika
Kubatschka, Horst
Tauss, Jörg

Griese, Kerstin
(Meckel, Markus)

CDU/CSU

Gauweiler, Dr. Peter
Neumann, Bernd
Nooke, Günter
Steinbach, Erika

Lammert, Dr. Norbert

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sowa, Ursula

Lazar, Monika
(Eichstädt-Bohlig, Franziska)

FDP

Otto, Hans-Joachim

(Thiele, Carl-Ludwig)

Ministerien

Bachmann
Hock
Schauz
Kuhrt
Schneider-Fahrschid

BKM
AA
BKM
BMI
BMI

Bundesrat

Dietzen
Bourguignon
Suermann
Forst
Hockling
Engelke

LV Thüringen
LV Brandenburg
LV Hessen
LV Sachsen-Anhalt
LV Baden-Württemberg
LV Bayern

Fraktionen und Gruppen

Gehrke
Levy
Friebel
Drechsler
Hofmann
Kaschubowski
Jahn
Deja
Becker-Schwering

CDU/CSU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD
SPD
SPD
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU/CSU
SPD
FDP

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Sachverständige:

- **Dr. habil. Rainer Eckert**, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Leipzig
- **Prof. Dr. Bernd Faulenbach**, Ruhr-Universität Bochum
- **Dr. h. c. Joachim Gauck**, Vorsitzender, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin
- **Dr. Hubertus Knabe**, Wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- **Thomas Lutz**, GF Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten – Topographie des Terrors, Berlin

Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit ist knapp, deswegen wollen wir pünktlich anfangen. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen, besonders die Experten. Herr Dr. Gauck hat sich von unterwegs gemeldet und gesagt, dass er etwas später kommt, weil er im süddeutschen Schnee feststeckt. Herr Prof. Dr. Möller kann gar nicht kommen, weil seine Maschine gestrichen worden ist. Die Süddeutschen haben heute große Probleme. Schön, dass Herr Dr. Gauweiler es noch rechtzeitig geschafft hat, hier zu sein.

Unser heutiges Gespräch kommt zu einem guten Zeitpunkt. Wir haben jetzt fünf Jahre Erfahrung mit dem Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung, das viele Veränderungen auf den Weg gebracht hat. Hinzu kam Anfang des Jahres eine Umstrukturierung, die noch vollzogen werden muss, die Zuordnung der Stasi-Unterlagen-Behörde zur Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Außerdem liegt eine Überarbeitung und Aktualisierung des Gedenkstättenkonzepts von Seiten des BKM vor. Dabei werden Berliner Einrichtungen neu bewertet und zusammengefasst. Angekündigt ist, sie in einer Bundesstiftung zusammenfassen zu wollen. Natürlich muss an dieser Stelle der Antrag der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. 15/3048) als ursprünglicher Anlass für die Anhörung erwähnt werden. Wir haben also sehr gute Gründe für die heutige Veranstaltung.

Die Anhörung ist öffentlich. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Das sollten alle Beteiligten wissen. Wir haben uns im Obleutegespräch darauf verständigt, an unser bewährtes Verfahren anzuknüpfen und ohne Eingangsstatements zu beginnen. Es liegen ja dankenswerterweise sehr gute und informative schriftliche Stellungnahmen vor, so dass wir uns alle einlesen konnten und Ihre Positionen kennen. Wir steigen also gleich in Fragerunden ein. Diese Fragerunden werden allerdings insofern ein bisschen eingeschränkt, als wir Zeitkontingente vergeben. Die beiden großen Fraktionen, SPD und CDU/CSU, bekommen jeweils 15 Minuten Zeit, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP jeweils 5 Minuten, damit die Parität zwischen den Kollegen zum Ausdruck kommt. Ich bitte Sie herzlich zu beachten, dass die Gesamtzeit für Fragen und Antworten jeweils 15 bzw. 5 Minuten beträgt. Da wir drei Fragerunden vorgesehen haben, haben alle hinreichend Gelegenheit sich zu äußern. Ich glaube, der Kreis unserer Experten ist klein genug, so dass wir intensiv debattieren können.

Ich will die wertvolle Zeit nicht weiter mit Vorreden füllen. Herzlich begrüßen möchte ich Franziska Eichstädt-Bohlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie ist nicht Mitglied in unserem Ausschuss, hat aber innerhalb ihrer Fraktion Fragerecht. Die erste Runde, 40 Minuten, beginnt mit der SPD-Fraktion mit 15 Minuten. Frau Krüger-Leißner, Sie haben das Wort, bitte schön.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte ganz herzlich die Experten begrüßen. Es ist bedauerlich, dass im Moment nur vier hier sind, denn ich möchte mich bei allen sechs Experten für die hervorragenden Stellungnahmen bedanken, die wir für unsere weitere Arbeit auswerten können. Jetzt besteht Gelegenheit, ein paar Punkte zu hinterfragen. Ich möchte zunächst daran erinnern, dass wir in allen Stellungnahmen gelesen haben, dass das Gedenkstättenkonzept eine gute Grundlage für die Förderung von Gedenkstätten gesamtstaatlicher Bedeutung sowohl der NS-Diktatur als auch der SED-Diktatur ist. Da sind keine grundsätzlichen Abstriche gemacht wor-

den. Das heißt, dass der Intention des Antrags der CDU/CSU, ein neues Konzept zu fordern, von den Experten widersprochen wurde. Gleichzeitig haben die Sachverständigen ganz klar gesagt, wir brauchen eine Weiterentwicklung. Und dazu möchte ich meine Frage stellen. Wir haben die Förderung der Gedenkstätten an Kriterien gebunden, Kriterien, die eine Expertenkommission erarbeitet hat. Herr Prof. Dr. Faulenbach hat diese Kriterien noch einmal hervorgehoben. Meine Bitte an Sie als Experten ist, sich zu positionieren, ob diese Kriterien zur Förderung auch weiterhin Bestand haben sollen, und zwar gleichermaßen für die Förderung von NS-Gedenkstätten als auch für Gedenkstätten zur SED-Diktatur. Das heißt, dass diese Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sein müssen, dass sie ein unverwechselbares Profil haben, dass sie wissenschaftlich fundiert sind, dass sie museologische und baugeschichtliche Gesichtspunkte berücksichtigen und dass sie ein durchdachtes didaktisches Konzept haben. Gelten diese Kriterien weiterhin bei der Weiterentwicklung des Konzepts als Kriterien zur Förderung? Das ist meine erste Frage an alle.

Dann habe ich eine zweite Frage. Wir haben in der Debatte, die wir im letzten Jahr geführt haben, festgestellt, dass wir bei der Förderung der Gedenkstätten zur SED-Diktatur Nachholbedarf haben. Wenn Herr Nooke das in einer Pressemitteilung hervorhebt, ist das keine neue Erkenntnis. Das möchte ich hier noch einmal ganz klar sagen. Ich frage mich aber, was ist die Ursache dafür? Ist Ursache, dass der Bund zu wenig gefördert hat oder sind die vorgegebenen Kriterien nicht erfüllt worden oder liegt es nur daran, dass diese Gedenkstätten in einem Land liegen, das finanziell nicht stark genug ist, um seinen Anteil zu erbringen? Ich möchte diejenigen, die in der Expertenkommission sind – leider ist Herr Prof. Dr. Möller nicht da – fragen: Lagen Ihrer Kommission in den letzten Jahren Anträge von Gedenkstätten zur SED-Diktatur vor, die hätten gefördert werden können, aber abgelehnt worden sind? Weshalb war das so? Oder gab es zu wenig Anträge, um diese Gedenkstätten zu fördern? Herr Prof. Dr. Faulenbach kann dazu sicher etwas sagen.

Die dritte Frage bezieht sich auf den Wechsel der Zuständigkeit von Ministerien für zwei Behörden: Zum einen geht es um die BIRTHLER-Behörde und zum anderen um die Stiftung Aufarbeitung. Beide kommen in den Bereich der Verantwortung der Staatsministerin für Kultur, Frau Dr. Christina Weiss. Ergibt sich daraus für die Stiftung Aufarbeitung ein neues Aufgabenfeld und für die Gedenkstätten zur SED-Diktatur eine Chance aufzuholen? Auch diese Frage würde ich gern an alle vier Experten stellen.

Vorsitzende: Wir fangen bei Herrn Dr. Eckert an.

Dr. habil. Rainer Eckert: Die genannten Kriterien haben sich grundsätzlich bewährt wie auch die gesamte Konzeption. Ich sehe keinen Bedarf für eine grundsätzliche Weiterentwicklung. Was mir allerdings als großes Problem erscheint, ist, dass wir die Ergebnisse, die wir jetzt nach fünf Jahren vorliegen haben, solide evaluieren müssten. Es geht ja nicht nur darum, die genannten Kriterien anzulegen. Nach fünf Jahren muss gefragt werden, was liegt wirklich vor? Auf der Basis dieser Erhebung kann man darüber sprechen, was eventuell geändert werden könnte. Also, diese Evaluation aller geförderten Gedenkstätten durch eine unabhängige Expertenkommission scheint mir notwendig zu sein.

Zur Frage eines Nachholbedarfs bei den DDR-Gedenkstätten: Wir legen, denke ich, einen Schwerpunkt auf die Gedenkstätten, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Das hat historische Gründe, ist berechtigt, sollte auch nicht geändert werden. Gleichzeitig ist es aber wichtig, die DDR-Gedenkstätten als gesamtstaatliche Aufgabe zu verankern, nicht nur als Regionalaufgabe in den östlichen Bundesländern. Es gibt insofern einen Nachholbedarf. Ich glaube, dass im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption von Gedenkstätten in den östlichen Bundesländern zu wenige Anträge eingereicht worden sind. Es hätte wahrscheinlich mehr an Förderung erzielt werden können. Das Problem ist teilweise ausgeglichen worden durch einige Förderungen über die Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen und über die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es gibt also einen gewissen Ausgleich. Der Wechsel der Birthler-Behörde und der Stiftung Aufarbeitung zum BKM sollte meines Erachtens als Chance begriffen werden. Wenn die Stiftung Aufarbeitung größere Aufgaben in der Förderung von Gedenkstätten übernehmen sollte, muss sie auch entsprechend ausgestattet werden. Das scheint mir der entscheidende Punkt zu sein.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Die bislang zugrunde gelegten Kriterien, so habe ich es auch in meinem Papier ausgeführt, haben sich bewährt. Natürlich kann man nach einiger Zeit überlegen, wie sie sich de facto ausgewirkt haben. Deshalb mache ich in meiner Stellungnahme den Vorschlag, dass man regelmäßig nach zwei oder vier Jahren einen Bericht zur Gesamtsituation der Gedenkstätten vorlegen sollte. Man könnte die Gedenkstättenkommission auch beauftragen, ihrerseits Aussagen darüber zu treffen, wie sich die Gedenkstätten im Berichtszeitraum entwickelt haben, ob man bestimmte Defizite erkennen kann. Aber zunächst sind die festgelegten Kriterien für die unmittelbare Förderpraxis gut handhabbar. Sie sind nachvollziehbar und ich sehe eigentlich nicht ein, warum sie verändert werden sollten. Selbstverständlich werden sie für Gedenkstätten angewandt, die sich mit der NS-Vergangenheit beschäftigen, aber auch für Gedenkstätten, die sich mit den Diktaturerfahrungen nach 1945 auseinandersetzen. Sie gelten für beide Bereiche. Die Ergebnisse können gegebenenfalls sehr unterschiedlich sein, falls vorgelegte Anträge diesen Kriterien nicht hinreichend entsprechen. Aber ich kann nicht erkennen, warum man unterschiedliche Kriterien zugrunde legen sollte.

Zu der zweiten Frage: Nachholbedarf. Die Gedenkstätten für die Zeit nach 1945 haben sich im Wesentlichen erst in der Zeit nach 1989, 1990 entwickelt. Solche Gedenkstätten müssen zunächst einmal konzipiert werden. Es muss der Ort entdeckt werden, es müssen Initiativen entstehen, die sich diesen Dingen widmen. Also es braucht Zeit, bis eine solche Gedenkstätte tatsächlich antragsfähig ist. Wir müssen einfach sehen, dass es einen zeitlichen Rückstand im Hinblick auf diese Gedenkstätten gibt. Aber ich nehme an, dass im Laufe der Zeit zunehmend Anträge aus diesem Bereich kommen und dann behandelt werden, wie alle anderen Anträge auch. Es ist im Wesentlichen eine Frage, inwieweit plausible Anträge vorliegen. Nun wird man nicht annehmen können, dass wir in zehn Jahren etwa die gleiche Zahl von Gedenkstätten für die Zeit nach 1945 wie für die NS-Vergangenheit haben werden. Das unterschiedliche Gewicht dieser Vergangenheiten wird dazu führen, dass es weiterhin Unterschiede geben wird. Aber das heißt nicht, dass es nicht ein gewisses Nachholen im Hinblick auf die Gedenkstätten nach 1945 geben kann und wohl auch geben muss. Ich sehe gar keine Hindernisse, die solchen Prozessen entgegenstehen. Meines Erachtens liegt es entscheidend daran, dass auf der

Länderebene zu wenig getan wird. Sie wissen alle, dass die Förderung des Bundes erst dann eintritt, wenn ein Land die eine Hälfte der Kosten übernimmt, also seinerseits damit begonnen hat, eine derartige Gedenkstätte zu fördern. Dann wird der Bund im Allgemeinen tätig. Wir haben in unserer Expertenkommission über die Jahre kaum Anträge der Länder gehabt, die sich auf die Zeit nach 1945 bezogen. Ich wüsste im Moment nicht einen einzigen Antrag, den wir abgelehnt hätten, zu dieser Phase. Wir haben eine ganze Reihe Anträge mit Bezug zur NS-Vergangenheit abgelehnt, weil sie die Kriterien nicht erfüllten. Aber uns lagen einfach zu wenig Anträge von der Ländersseite bezogen auf die Zeit nach 1945 vor. Das ist meines Erachtens der Haupthinderungsgrund. Man wird darauf hinweisen müssen, dass es bestimmte Gedenkstätten gibt, die von den einzelnen Sitzländern stärker vorangetrieben werden müssten, damit die Sitzländer ihrerseits in der Lage wären, derartige Anträge zu stellen.

Zu der dritten Frage. Die Stiftung Aufarbeitung hat vielfältige Aufträge. Sie hat sich in der Vergangenheit bemüht, eine gewisse Koordination der Gedenkstätten für die Zeit nach 1945 zu leisten. Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft dieser Gedenkstätten für Diktaturerfahrungen für die Zeit nach 1945. Auch hat die Stiftung Aufarbeitung ihrerseits ja ein Kompendium herausgebracht, in dem sie versucht, alle Gedenkorte und Gedenkstätten, die es zu diesem Komplex gibt, aufzuführen. Wenn diese Stiftung allerdings in massiverer Form in die Förderung der Gedenkstätten einsteigen sollte, müssten tatsächlich andere Mittelzuweisungen erfolgen. Bisher erfolgt ja die Förderung aus dem gemeinsamen Gedenkstättenetopf, aus einem ganz bestimmten Etat, so dass nur ganz bestimmte Aufgaben, wie etwa die Erstellung eines Totenbuchs, von der Stiftung Aufarbeitung gefördert werden konnten. Wenn man das verändern will, müssten entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Das würde de facto bedeuten, dass man für beide Vergangenheiten getrennte Haushaltsansätze schaffen müsste. Dies erschiene mir, ehrlich gesagt, nicht zweckmäßig, weil wir bei allen Unterschieden zwischen den Gedenkstätten die Gedenkstättenlandschaft als Ganzes sehen müssen. Wir können also nicht von zwei völlig getrennten Wegen ausgehen, sondern müssen sie zusammen denken. Das passiert etwa in der Expertenkommission, der ich angehöre und die man beauftragen könnte, von Zeit zu Zeit einen Bundesgedenkstättenbericht zu publizieren. Dieser Bericht könnte Aufschluss über die Repräsentanz der verschiedenen Unrechtskomplexe in der Geschichte bieten und informieren, wo die Schwergewichte liegen, wo Lücken sind, was sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

Vorsitzende: Herr Dr. Knabe hat jetzt noch rund eineinhalb Minuten, um zu antworten, und Herr Lutz müsste sich bis zur nächsten Runde gedulden. Bitte, Herr Dr. Knabe.

Dr. Hubertus Knabe: In eineinhalb Minuten werde ich höchstens meinen Dank los dafür, dass Sie diese Anhörung durchführen. Für uns als Zuwendungsempfänger ist es eine große Freude, dass Sie sich mit diesem Thema so intensiv beschäftigen.

Ich möchte aber noch einmal auf die Frage der Kriterien eingehen und einige kritische Anmerkungen machen, wobei diese Kriterien letztlich durchaus Sinn haben. Bei dem ersten Punkt, der gesamtstaatlichen Bedeutung, frage ich mich, ist der Grund dafür ein verfassungsrechtlicher oder ein inhaltlicher?

Aus inhaltlicher Sicht ist gerade die Vielfalt der Gedenkorte außerordentlich wichtig. Es reicht nicht, drei, vier Leuchttürme im Land zu haben, die international wahrgenommen werden. Wenn man in der Gesellschaft wirklich etwas erreichen will, gerade bei Schülern und der nachwachsenden Generation, muss der Gedenkort sozusagen vor der Haustür liegen. Von daher ist, wenn Länder und Kommunen als Finanziere ausfallen, dieses Kriterium aus meiner Sicht durchaus zu hinterfragen. Ein zweiter Punkt, der bei den Kriterien eine Rolle spielt, ist die Formulierung, dass die Gedenkorte – das ist wohl mit dem Begriff „Profil“ gemeint – im öffentlichen Bewusstsein verankert sein sollen. Ich habe schon in meiner schriftlichen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass insbesondere, was die kommunistische Diktatur angeht, diese Verankerung vielfach noch nicht erfolgt ist und wir hier einen großen Nachholbedarf haben. Ich meine, dass man an diese Fragen mit etwas anderem Maßstab herangehen muss. Das gilt auch für das Kriterium „wissenschaftlich fundiert“. Die Forderung ist natürlich absolut zu verstehen, aber was macht man, wenn in einem bestimmten Bereich der wissenschaftliche Vorlauf nicht existiert und deshalb eine ganze Epoche wegbreicht, weil hier nicht die Institutionen und die erfahrenen Wissenschaftler da sind, die die entsprechend fundierten Anträge schreiben? So ist es zum Beispiel beim KGB-Museum in Potsdam, da kann ich das aus eigener Anschauung sehr gut beurteilen. Hier hat es Monate gedauert, bis man das Geld für einen Wissenschaftler zusammengetragen hat, der einen solchen Antrag geschrieben hat. Und in der Zeit verfällt das Haus. Das Dach ist undicht, der Keller ist wegen Baufälligkeit gesperrt, die Zellen des sowjetischen Geheimdienstes sind nicht mehr zu sehen. Deshalb wäre hier aus meiner Sicht mit etwas anderen Maßstäben an die Probleme im Zusammenhang mit der kommunistischen Zeit heranzugehen.

Ich kann nur noch einmal unterstreichen, dass der Nachholbedarf auf dem Gebiet der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland in der Tat außerordentlich groß ist. Auch der Forschungsvorlauf ist gar nicht zu vergleichen. Ich habe einmal gelesen, dass es 30.000 Monografien zur Zeit des Nationalsozialismus gibt. Die Wissensungleichheit und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen sind also erheblich anders. Wir haben in Hohenschönhausen jährlich Besuch von 35.000 Schülern, die nicht einmal wissen, wer Erich Honecker war. Sie sagen, das ist der Mann, der die Juden in Deutschland gerettet hat. Diese Schüler wissen nicht, wer Erich Mielke war, und tippen, wenn man nach dem Kürzel „DDR“ fragt, auf ein Bauteil im Computer. Vielen Dank.

Vorsitzende: Herr Nooke, Sie haben jetzt 15 Minuten Zeit für Fragen und Antworten. Ich bitte auch die Herren Experten, die Zeit bei ihren Antworten zu beachten.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich bin sehr dankbar für die Stellungnahmen, das möchte ich noch einmal ausdrücklich an die Anwesenden und an die beiden nicht Anwesenden gerichtet sagen. Dass unser Antrag, nachdem wir ihn noch am 17. Juni zurückziehen sollten, jetzt in sachlicher Atmosphäre beraten wird und Sie auf unsere Fragen sachlich geantwortet haben, zeigt, dass die Debatte voranschreitet. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Ich glaube, dass es wichtig ist, zum Gedenkstättenkonzept des Bundes eine Zwischenbilanz zu ziehen. Ob man das Weiterentwicklung oder - wie die Staatsministerin - Neukonzeptionierung nennt, ist mir in der Sache relativ egal. Mir geht es darum, dass wir dieses Gespräch hier heute nutzen, um auf dem Weg, den wir jetzt noch zurückzulegen haben, ein Stück vorankommen. Dass Handlungsbedarf besteht, ist deutlich geworden, übrigens nicht nur im Hinblick auf den Nachholbedarf für die Zeit SBZ/DDR. Wenn man die Äußerungen von Frau Dr. Weiss vom 7. Februar 2005 nimmt, haben wir auch für die KZ-Gedenkstätten, bei denen es im Westen um die institutionelle Förderung geht, eine ganze Menge angestoßen. In den Stellungnahmen ist aus meiner Sicht besonders wichtig, dass es ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept und gemeinsame Kriterien für die Förderung geben muss, sowohl für die SED-Diktatur als auch für die NS-Diktatur, und dass es Nachholbedarf bei den Einrichtungen aus der DDR-Zeit gibt. Wichtig ist auch, dass der Bund sich stärker engagieren soll. Das möchte ich für diejenigen betonen, die die Stellungnahmen nur überfliegen konnten. Es wird darin hervorgehoben, dass es keine grundsätzlichen Unterschiede bei der Förderung der Gedenkstätten der beiden Diktaturen geben soll. Herr Dr. Eckert hat klargestellt, dass es bei den SBZ-Gedenkstätten nicht um Regionalgeschichte der neuen Länder geht, sondern um gesamtdeutsche Geschichte.

Daran knüpfen meine Fragen an Herrn Dr. Knabe und an Herrn Dr. Eckert an: Weiterentwicklung heißt, dass man noch einmal die Frage stellen muss - Herr Prof. Dr. Möller hat das in seiner Stellungnahme geschrieben -, ob man sich am antitotalitären Grundkonsens orientieren sollte. In der Wissenschaft wird diskutiert, ob die Totalitarismustheorie zu einseitig ist und nicht hält. Sind Sie mit Prof. Dr. Möller der Meinung, dass man an diesem antitotalitären Konsens festhalten sollte, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen zu den Gedenkstätten? Herr Dr. Eckert, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, NS-Diktatur und SED-Diktatur sollten in ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept eingebunden werden und sprechen, wie wir in unserem Antrag, von beiden deutschen Diktaturen. Ich finde das richtig. Für mich stellt sich deshalb die Frage, die ich auch an Herrn Knabe richte, ob das, was Frau Dr. Weiss hier in Berlin versucht, schon eine Abkehr von diesem Ansatz bedeutet. Wenn man auf der einen Seite die Gedenkstätten Topographie des Terrors, Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Gedenkstätte deutscher Widerstand und Haus der Wannsee-Konferenz zusammenfasst und auf der anderen Seite Einrichtungen, die sich mit der DDR-Zeit befassen, stehen hat, wäre das ja eine Trennung. Man könnte böswillig interpretieren, das Gedenkstättenkonzept des Bundes würde verlassen, wenn man so organisiert. Dazu hätte ich gern Ihre Meinung. Geht es nicht grundsätzlich darum, beide Themen zusammen zu denken und bei der Förderung relativ pragmatisch vorzugehen?

Bei der zweiten Frage geht es um die Praxis der Förderung. Sie geht wiederum an Herrn Dr. Knabe und Herrn Dr. Eckert. Herr Prof. Dr. Faulenbach hat gerade gesagt, es gebe zu wenig Anträge. Was können Sie uns vorschlagen, wie wir das Problem lösen können. Da gibt es auf der einen Seite eine bayerische Landesregierung, die viel für Dachau und Flossenbürg tut, und auf der anderen Seite in Berlin einen SPD/PDS-Senat, der, wie bei allen anderen Themen auch, sagt, wir haben kein Geld. Die 50:50-Förderung kann unter solchen Bedingungen nicht funktionieren. Jeder Antrag einer Einrichtung, ob in Marienfelde oder in der Normannenstraße hat sich damit erübrigt, weil so ein Antrag vom Kultur-

senat hier in Berlin vielleicht gar nicht weitergeleitet würde. Wie kann man das aus Ihrer Sicht verändern? Mir wäre es ein bisschen zu wenig, wenn wir uns, wie es Herr Prof. Dr. Faulenbach beschreibt, darauf zurückziehen, dass wir die Anträge nicht haben. Wir wollen ja mit Hilfe der Expertenkommission, die die Vergabe der Mittel des Bundes steuert, das offensichtlich vorhandene Geld sinnvoll ausgeben. Mich interessiert Ihr Vorschlag, wie wir da besser vorankommen. Danke schön.

Dr. Hubertus Knabe: Auf der einen Seite könnte man den ersten Punkt, antitotalitärer Grundkonsens, in einer halben Minute erledigen. Wir wollen weder in einer kommunistischen noch in einer nationalsozialistischen Diktatur leben, und deshalb sollten wir alles dafür tun, über diese Diktaturen aufzuklären und Nachahmungsversuche jedweder Art zu verhindern. Auf der anderen Seite, und das wissen alle, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, ist das gerade in Deutschland ein sehr vermintes Gelände. Es ist oft schwierig, wenn es nicht zuletzt um materielle Interessen geht, hier die Balance zu halten. Man kommt sehr leicht in die Situation, dass die Diktaturen gegeneinander ausgespielt werden, die Opfer gegeneinander aufgerechnet werden. Das ist alles furchtbar unproduktiv und führt in die Irre. Ich sage immer ganz gerne, man kann die Opfer nicht gegeneinander aufrechnen, sondern man muss sie selbstverständlich addieren. Daraus ergibt sich das ganze Grauen dieser Zeit. Ich habe aber in meinem Papier zu diesem Punkt einige inhaltliche Aspekte genannt, die wichtig sind, wenn man im Blick hat, dass wir vor allem Bildungsarbeit leisten wollen. Wenn man die starke Trennung vornimmt und die Auseinandersetzungen vollkommen voneinander getrennt führt, kann sich insbesondere bei der nachwachsenden Generation der Eindruck einstellen, das ist doch alles vorbei, das ist Geschichte, das waren diese Nazis damals und der verrückte Hitler, was die Menschen damals an dem fanden, verstehe ich sowieso nicht. Wenn man dagegen deutlich macht, dass es durchaus verschiedene Formen von Massenverbrechen gab und verschiedene Wege in eine solche Situation zu geraten, dann weitet sich das Blickfeld und man stellt auf einmal fest, das kann ja jeden Moment wieder passieren. Diese Erkenntnis veranlasst dazu, sich stärker in der Gegenwart zu engagieren.

In meinem Papier habe ich einen zweiten Aspekt genannt. Wenn man versuchen will, der jungen Generation so etwas wie Vorbilder zu bieten, dass man in bestimmten Situationen Widerstand leisten kann, dass Zivilcourage von Bedeutung ist, ist es sehr hilfreich, wenn man verschiedene Gesellschaftstypen zeigt, in denen Menschen Widerstand geleistet haben und es eben nicht nur bei den Geschwistern Scholl belässt. Dann muss man auch einmal über Herbert Belter sprechen, der in Leipzig unter einer kommunistischen Diktatur Flugblätter verteilt hat und zum Tode verurteilt worden ist. Dann kann man erkennen, dass der Mensch unter sehr verschiedenen Umständen vor einer ganz ähnlichen existenziellen Herausforderung stehen kann. Was die institutionelle Seite dieses Problems betrifft, bin ich allerdings der Meinung, dass man es sich nicht unnötig schwer machen und die Opfergruppen zwingen sollte, unter ein Dach zu schlüpfen. Diese Frage sollte pragmatisch beantwortet werden. Bei einigen Gedenkorten besteht das Problem, dass sie nun einmal von beiden Diktaturen benutzt wurden. Torgau ist ein ganz augenfälliges Beispiel. Das Problem kann man nicht lösen, indem man sagt, vormittags nutzt die NS-Stiftung den Ort, nachmittags sind diejenigen an der Reihe, die die kommunistische Zeit behandeln und verwalten das Haus. Da muss man zusammenarbeiten. Deshalb würde ich eher pragmatische Lösungen bevorzugen.

Was nun diese neue Stiftung für Berlin angeht, ist das nach meinem Eindruck ein solcher pragmatischer Versuch, Dinge, die zum Teil parallel laufen, zusammenzufassen. Ich weiß nicht, wie das die Kollegen von den NS-Gedenkstätten sehen, ob sie Angst haben, zentralstaatlich dirigiert zu werden; das sollte natürlich nicht der Fall sein. Wir brauchen wirklich alles andere als Mahn- und Gedenkstätten à la DDR mit einer Regierung, die von oben bestimmt, was für Inhalte an den verschiedenen Orten vermittelt werden. Da bin ich für Vielfalt. Deswegen finde ich das Modell der Stiftung Aufarbeitung sehr sympathisch, die gewissermaßen nur einen Schirm aufspannt und sich darunter Einrichtungen in großer Vielfalt bewegen können, die unabhängig sind, miteinander konkurrieren können – Konkurrenz ist ja oft hilfreich und kreativ - und von dieser Stiftung sehr viel Beratung erfahren. Für die kommunistische Phase ist es eine wichtige Aufgabe, so ein Dach anzubieten. Dies gilt auch für die ausbleibenden Anträge, die Herr Prof. Dr. Faulenbach angesprochen hat. Hier ist einfach Beratung nötig, wie man so einen Antrag schreibt.

Ich komme zum letzten Punkt, zur 50:50-Regelung. Diese Vorgabe ist eine Art Erziehungsinstrument. Man sagt, die Länder sollen bitte auch etwas tun. Und das ist auch richtig. Wenn diese Regelung aber dazu führt, dass die ohnehin Starken noch stärker werden, weil sie noch zusätzlich Geld bekommen, während die armen Schlucker leer ausgehen, weil sie die Eigenleistung nicht erbringen können, dann halte ich das für ein Problem. Dann werden im Grunde die Ungleichgewichte verstärkt. In diesem Zusammenhang muss man sich doch fragen, was will man eigentlich fördern, was soll am Ende herauskommen? Man kann diese Frage nicht nur davon abhängig machen, welche Länder wie viel einbringen können, sondern muss sich darüber verständigen, wo die Schwerpunkte liegen sollen. Sonst gäbe es ein ganz zufälliges Ergebnis. Wir hätten am Ende vielleicht eine bunte Wiese von Gedenkstätten im prosperierenden Baden-Württemberg und eine Wüste in Ostdeutschland. Das kann nicht der Sinn der Sache sein. Ich habe in meinem Papier einen weiteren Punkt angeführt, der mir wichtig erschien. Bisher ist die 50:50-Regelung so gefasst, dass das Land und manchmal auch die Kommune zuzahlen kann. Ich kenne aber verschiedene Einrichtungen, die durchaus in der Lage wären, über Eintrittsgelder oder über Spenden Eigenmittel zu erwirtschaften, die nach meinem Kenntnisstand nicht angerechnet werden können. Das finde ich problematisch. Vielen Dank.

Vorsitzende: Jetzt haben wir wieder das Problem mit der Zeit. Diesmal trifft es Herrn Dr. Eckert. Ihnen bleiben eineinhalb Minuten. Bitte.

Dr. habil. Rainer Eckert: Ich teile Herrn Prof. Möllers Auffassung. Es geht um die Stabilisierung des antitotalitären Grundkonsenses der Bundesrepublik. Das ist keine rein vergangenheitsbezogene Frage, sondern sie ist gegenwartsbezogen und zukunftsbezogen. Es geht letztlich um die Stabilisierung unserer Demokratie. Gerade in der aktuellen Situation mit der NPD ist dieser Aspekt vielleicht sogar wichtiger als noch vor einigen Jahren. Ausgehend davon, dass die beiden deutschen Diktaturen Bestandteil der deutschen Geschichte sind, spricht das für eine einheitliche Gedenkstättenkonzeption mit einheitlichen Förderkriterien. Unterhalb dieser Ebene ist die Frage zu beantworten, ob es sinnvoll wäre, die Gedenkstätten der beiden deutschen Diktaturen in einer Stiftung zu vereinen. Da würde ich aus

praktischen Gründen, auch die Diskussion der letzten Monate betrachtend, eher abraten. Deshalb lautet mein Ergebnis: Gemeinsame Konzeption, aber innerhalb der Konzeption für die beiden Diktaturtypen jeweils eine eigene Stiftung. Insofern geht Staatsministerin Dr. Weiss in Berlin den richtigen Weg. Es fehlt hier noch der zweite Schritt, nämlich eine Stiftung für die Gedenkstätten für die zweite Diktatur in Berlin. Normannstraße Haus 1, Hohenschönhausen, Marienfelde und Bernauer Straße könnten dort in der Stiftung vereint werden.

Was die Förderung durch den Bund angeht, die 50:50-Regelung, würde ich empfehlen, dass der Bund in Einzelfällen auch mehr als 50 Prozent Förderung einbringen kann. Beim Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird das ja schon praktiziert. Diese Ausnahme muss aber auf wenige Fälle beschränkt bleiben. Generell warne ich vor einer Inflation von Gedenkort und Gedenkstätten, da unterscheide ich mich etwas von Herrn Knabe. Die Liste, die wir haben, ist nicht ein für allemal feststehend, sie sollte aber nicht wesentlich länger werden, und nicht an jedem Ort muss auch eine Gedenkstätte sein. Wir haben allein an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zurzeit 40 Grenzmuseen. Da muss man fragen, ob alle 40 wirklich notwendig sind und ob alle 40 staatlicherseits gefördert werden müssen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Verbesserung der institutionellen Förderung. Viele Gedenkstätten müssten institutionell gefördert werden und davon wegkommen, über Projektmittel Geld einzuwerben, um dieses Geld nicht für die Projekte auszugeben, sondern für die Grundbedürfnisse. Es werden Mieten bezahlt, es werden Gehälter bezahlt, es werden Gas und Strom bezahlt aus den Mitteln für Projekte, weil es anders nicht geht. Hier sollte man zu einer anderen Regelung kommen. Die Förderung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, auch die westlichen Bundesländer sollten für die Gedenkstätten im Osten, speziell in Berlin, stärker in die Pflicht genommen werden.

Noch eine Anmerkung zu Herrn Dr. Knabe, weil ich anderer Meinung bin als er. Er hat den Forschungsstand bezogen auf die DDR und die zweite deutsche Diktatur beschrieben. Das Bild, das er gemalt hat, ist aus meiner Sicht zu negativ. Wir haben, was die DDR angeht, nach 15 Jahren Forschung inzwischen einen hervorragenden Forschungsstand. Manche Gebiete sind geradezu überforscht. Es handelt sich um die besterforschten Gebiete der deutschen Nationalgeschichte. Das Problem ist, es fehlen konkrete Forschungen zu einzelnen Orten, zu einzelnen Haftanstalten, zu einzelnen Lagern, zu einzelnen Gebäuden der SED und Ähnliches. Hier muss nachgelegt werden. Die Förderung sollte verbunden werden mit den jeweiligen Forschungsanträgen für den jeweiligen Ort.

Abt. Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte gern, dass alle vier Herren meine Frage beantworten und ich bitte Sie darum, die Redezeit aufzuteilen. Es ist ein gutes Beispiel, dass man sich einigt, wenn Budgets verteilt werden. Darauf möchte ich auch mit meiner Frage anspielen. Es sind einige wichtige Punkte genannt, wo man sich einigt, was erhalten werden muss. Ist die Prioritätensetzung aus Ihrer Sicht richtig? Wo besteht noch Bedarf? Und inwieweit ist die Vermittlung wichtiger als der Erhalt der Institution?

Vorsitzende: Sie wissen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht 15, sondern 5 Minuten Zeit hat. Ich fange diesmal bei Herrn Lutz an. Bitte.

Thomas Lutz: Vielen Dank. Es ist nicht einfach, auf alle Fragen zu reagieren. Ich will aber nicht auf Kosten anderer Zeit beanspruchen. Deshalb also möglichst konkret zu Ihren Fragen: Das Gedenkstättenkonzept hat sich aus meiner Sicht, wie es vorliegt, durchaus bewährt. Ich halte es für sinnvoll, dass man die Gedenkstätten unter gleichen Kriterien prüft, und ich halte es nach wie vor für sinnvoll, dass man dabei wissenschaftliche Kriterien anlegt. Es bleibt aber das grundsätzliche Problem, dass wir auf der einen Seite über die Förderung der Gedenkstätten hinsichtlich einer Professionalisierung in Richtung zeitgeschichtlicher Museen mit Bildungsaufgaben und sozialen Aufgaben hinsichtlich der Opfer und der Überlebenden reden sollten. Auf der anderen Seite müssen wir davon die geschichtspolitische Debatte unterscheiden, die natürlich immer wieder mitschwingt und wo es schwierig wird, zu differenzieren, was meines Erachtens aber notwendig ist. Von daher ist es notwendig zwischen dem Gedenkstättenkonzept und dem Gedenken an die Opfergruppen zu unterscheiden. Ich denke, ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept kann es geben, eine gemeinsame Konzeption, in der das Gedenken an die Opfergruppen zusammengeht, kann es nicht geben. Das funktioniert nicht. Da muss man unterscheiden. Das bringen Herr Dr. Knabe und andere etwas durcheinander. Es ist keine Frage, dass man alles dokumentieren muss. Man muss aber davon das Gedenken sehr genau unterscheiden und trennen.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Es waren zwei Fragen. Die eine Frage bezog sich auf das Problem, Institutionen zu erhalten, Orte zu erhalten und zu vermitteln. Gedenkstätten bestehen ja in der Regel aus einem authentischen Ort, einem Gedenkort im engeren Sinne, sie bestehen aus einem Ausstellungskomplex, und sie bestehen auch aus pädagogischer Arbeit. Dies alles macht heute eine moderne Gedenkstätte aus, und ich glaube, das kann man nicht alternativ sehen. Alle Elemente müssen zusammengehören.

Im Hinblick auf die Schwerpunkte sind wir im Laufe der Jahre immer wieder auf neue Komplexe gestoßen. Wir haben in der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ den Versuch gemacht, alles Wichtige zusammenzufassen, und wenn ich mir das heute ansehe, muss ich sagen, uns sind damals eine ganze Menge wichtiger Orte durch den Rost gefallen. Wir haben sie nicht hinreichend gesehen. Insofern wünsche ich mir eine prinzipiell offene Struktur. Zum Beispiel hätten wir ein größeres Gewicht in der Praxis der Förderung auf die Euthanasie-Gedenkstätten legen müssen. Oder: Wir haben Orte übersehen, an denen Tausende von Kriegsgefangenen umgekommen waren. Das waren Gedenkort, die wir hätten aufnehmen müssen. Von daher kann man nichts ein für allemal festlegen. Ich glaube, dass in dem Prozess immer wieder auch neue Komplexe auftauchen. Deshalb bin ich der Ansicht, wir müssen von Zeit von Zeit resümieren, wie ist gegenwärtig der Stand und sind die wesentlichen Unrechtskomplexe tatsächlich hinreichend repräsentiert. Am Ende werden wir aufs Ganze gesehen sagen müssen, die NS-Vergangenheit hat in vieler Hinsicht, national wie auch international, ein größeres Gewicht als die Vergangenheit nach 1945. Die Vorstellung, dass alles auf der gleichen Ebene mit dem gleichen Gewicht abgebildet sein sollte, wird, glaube ich, der Unterschiedlichkeit dieser Vergangenheitskomplexe nicht gerecht. Noch einmal, ich glaube, wir müssen Dinge nachholen, wir brauchen einen permanen-

ten Diskussionsprozess, aber jeder Schematismus oder jede Vorstellung, wir legen uns ein für allemal fest, scheint mir diesem Gegenstand nicht angemessen zu sein.

Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt darf ich ganz herzlich Herrn Dr. Gauck begrüßen. Sicher werden gleich auch die ersten Fragen an Sie gerichtet sein. Es entspricht unserem Verfahren, dass es keine Stellungnahmen gibt, sondern gleich Fragen gestellt werden. Außerdem wird die Zeit kontingentiert für die Fraktionen. Jetzt ist die FDP-Fraktion mit fünf Minuten an der Reihe. In diesen fünf Minuten müssen die Fragen gestellt und die Antworten gegeben werden. Bitte, Herr Otto.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Die von mir sehr geschätzten Kollegen Krüger-Leißner und Barthel haben schon um 15.45 Uhr eine Presseerklärung herausgegeben. In dieser Presseerklärung schreiben sie – und da knüpft meine Frage an Herrn Dr. Knabe an: Erste Veränderungen, etwa eine Steigerung der Bundesverantwortung für die NS-Gedenkstätten sind durch die Bundesregierung bereits angekündigt. Frau Dr. Weiss hat sich in der letzten Woche ja entsprechend geäußert. Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Dr. Knabe, haben Sie die 50:50-Regelung deshalb kritisiert, weil sie aus Ihrer Sicht die Reichen reicher macht und die armen Schlucker noch ärmer. Angesichts der Tatsache, dass die SED-Gedenkstätten in den neuen Ländern liegen, deren finanzielle Probleme am größten sind, frage ich Sie, ist es denn wirklich sinnvoll, die Schwergewichte der Bundesverantwortung auf die NS-Seite zu schieben oder müsste nicht angesichts dessen, was Sie gesagt haben, gerade bei den SED-Gedenkstätten eine stärkere Bundesverantwortung greifen?

Dr. Hubertus Knabe: Bei dieser Debatte gerät man natürlich sehr leicht in die Gefahr, das klang auch bei dem Kollegen Prof. Faulenbach an, die Vergangenheiten gegeneinander auszuspielen. Ich halte das nicht für sinnvoll. Ich würde immer von der Frage ausgehen, was wollen wir eigentlich am Ende erreichen. Und hier sehe ich insbesondere im Hinblick auf die kommunistische Phase, die kommunistische Diktatur, den größten Nachholbedarf. Das ist ja ganz verständlich, weil diese Vergangenheit 15 Jahre jung ist, die andere ist 60 Jahre und älter. Von daher ist der Vorlauf ganz anders. Hinzu kommt, dass hier möglicherweise auch die Blockaden noch sehr viel größer sind. Wir erleben häufig, dass die Eltern über diese Zeit nicht reden und die Lehrer auch nicht darüber reden wollen. Es gibt alte Schulbücher, in denen die DDR unter der Überschrift Kalter Krieg und Ost-West-Konflikt abgehandelt ist und gar nicht als Diktaturformation für sich genommen wird. Das Bild, das sich so zusammensetzt, vor allem bei denen, die diese Zeit nicht selbst miterlebt haben, reduziert sich auf ganz merkwürdige Splitter dieser Epoche. So kommt es, dass ein Film wie „Good bye, Lenin“, den Eindruck vermitteln kann, diese ganze DDR war eine Spaßveranstaltung. Von daher halte ich historischen Alphabetismus in der Tat für ein ganz gravierendes Problem, insbesondere für eines in der jungen Generation.

Wenn ich mich frage, wie man das Problem lösen kann, weiß jeder, der selber Kinder hat, dass die Schule nur teilweise helfen kann, weil dort vieles oft eher müde abgelesen wird. Dagegen elektrisieren die Schüler die authentischen Orte. Das sehen wir jeden Tag. Wenn Schüler zu uns kommen, kommen sie mit der Colaflasche in der Hand und der Zigarette im Mund: Schon wieder Gedenkstätte! Wenn man sieht, wie dieselben Schüler am Ende das Haus verlassen, sind sie wirklich wie umgewan-

delt. Sie schreiben lange Briefe an diejenigen, die bei uns führen. Das sind ja meistens ehemalige Häftlinge. In den Briefen heißt es, ich habe die ganze Nacht nicht schlafen können und ich muss Ihnen noch einmal schreiben, wie sehr mich das berührt hat. Diese pädagogische Stärke authentischer Orte, die ist ganz, ganz wichtig. Deshalb kann ich nur dafür plädieren, das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung so auszurichten, dass diese Defizite abgetragen werden.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU): Wenn man sich die verschiedenen schriftlichen Stellungnahmen ansieht, dann treffen sie als Fazit die Aussage, dass es insbesondere im Hinblick auf die Gedenkstätten in der ehemaligen DDR Nachholbedarf gibt. Das können Sie in den meisten Stellungnahmen lesen.

Herr Dr. Gauck sagt in seiner Stellungnahme: Die Aufarbeitung der kommunistischen Zwangsherrschaft darf aber nicht durch die Finanzprobleme östlicher Länder und Kommunen behindert werden. Das heißt, dass der Bund nach Ihrer Meinung stärker in die finanzielle Verantwortung treten sollte. Nun höre ich, dass der Bund angekündigt hat, seine Mittel im Hinblick auf die NS-Gedenkstätten zu erhöhen. Wir befassen uns mit der Topographie des Terrors, die ja auch noch etwas kostet, wir diskutieren über das Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma. Das alles ist ohne finanzielles Engagement nicht zu machen.

Nach diesem Vorspann möchte ich Sie hinweisen auf eine Aussage der BKM unter der Überschrift „Geschichte und Gedenken in Deutschland“, wo sie perspektivisch die Gedenkstättenpolitik des Bundes darstellt. Sie kündigt an, dass man dieses Kapitel aufarbeiten will, dass man gegebenenfalls noch einmal evaluieren soll, und da heißt es dann unter 3. finanzielle Auswirkung: Die Umsetzung der Empfehlung soll nicht zu weiteren zusätzlichen Belastungen des BKM-Haushaltes führen. Können Sie nachvollziehen, dass ich da nach dem Vorgegangenen ein Problem habe? Wenn Sie das ernst nehmen, insbesondere die letzte Aussage, und die muss man ja wohl ernst nehmen, was heißt das denn für uns? Wie sollen wir dann unter dieser Maßgabe den Anforderungen Rechnung tragen, die Sie selbst ja in Ihren Ausführungen dargestellt haben?

Ein Letztes. Hier heißt es in dem Papier von Frau Dr. Weiss weiter: Die Beteiligung des Bundes an der institutionellen Förderung der vier national bedeutsamen KZ-Gedenkstätten würde finanziell entweder im Wege eines kompensatorischen Austausches von Finanzströmen gedeckt werden oder zulasten der derzeit veranschlagten Projektmittel in diesem Bereich gehen. Das ist ja eine doch bemerkenswerte Vorgabe. Meine Frage an Sie, Herr Dr. Gauck, weil ich Sie zitiert habe, dann an Herrn Dr. Knabe und, wenn noch Zeit ist, an die anderen: Wie würden Sie sich unter dieser Maßgabe einlassen?

Dr. h. c. Joachim Gauck: Ich bedanke mich und lasse mich wie folgt ein: Frau Dr. Weiss braucht mehr Geld. Es ist ganz offensichtlich, wenn sie eine nachholende institutionelle Förderung erwägt, die ich für richtig halte bei den KZ-Gedenkstätten im Westen. Ich begrüße das ausdrücklich. Dann wird sie mit demselben Ansatz besorgt sein müssen, wie es um eine nachholende Sicherung der Stätten,

Denkmale und Gedenkstätten im Osten von Bundesseite auszusehen hat. Ich verstehe ihre Verlautbarung nicht so, dass das Letztere ausgeschlossen wäre, sondern ihr Fokus ist zunächst auf dieses Thema gerichtet. Ich bin gespannt auf eine weitere Äußerung aus ihrem Hause, in der sie sich der anderen Seite der Aufarbeitung widmet und bin gespannt, welche Konzeptionen uns da begegnen, auch welche Finanzmittel dann dort von wem erbeten werden. Ich kenne den Umschichtungsbereich nicht, ich bin kein Kulturpolitiker und ohne nichts von Ihren Möglichkeiten, ich hoffe, sie sind groß, Frau Vorsitzende, aber ich sehe die Ankündigung von Frau Weiss nicht als eine Bedrohung der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur.

Dr. Hubertus Knabe: Diesem wunderbaren Plädoyer kann man sich natürlich nur anschließen. Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, der uns während der letzten Wochen beschäftigt hat. Durch die Verlagerung der Stiftung Aufarbeitung und der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in den Kompetenzbereich der BKM muss ja auch „innerhalb des Kuchens“ noch einmal neu über die Gewichte gesprochen werden. Auf jeden Fall ist klar, dass die Aktenverwaltung in den nächsten Jahren an Gewicht verlieren wird, und das wird sich und muss sich nach meiner Ansicht auch finanziell ausdrücken. Es wird auch weniger von Bedeutung sein, eine allgemeine Stasi-Forschung zu finanzieren. Herr Dr. Eckert hat zu Recht präzisiert, was ich vorhin meinte, nämlich die ortsbezogene Forschung. Heute weiß man noch nicht einmal, wie viele Häftlinge in Hohenschönhausen insgesamt eingesperrt waren. Dieser Berg an Fragen muss dringend abgetragen werden, und dafür brauchen wir Forschungskapazitäten. Ich glaube auf mittlere und lange Sicht wird das Gedenken das sein, was übrig bleibt. Die Akten werden in Archive wandern oder sind ja jetzt schon dort und werden dann irgendwann auch nach Archivrecht behandelt werden. Was bleibt als wirklich ständige und vermittelnde Aufgabe, ist das Gedenken, und das macht man am besten nicht in einem Archiv, sondern an den authentischen Orten. Von daher glaube ich, ist hier durchaus über die Verteilung zu sprechen und sind Prioritäten zu setzen. Wir hatten kürzlich in der Stiftung Aufarbeitung eine Diskussion, in der deutlich wurde, wie selbst minimale Ausgaben von der Stiftung nicht finanziert werden können, weil das Geld dafür fehlt. Es ging um einen Druckkostenzuschuss, irgendeine wirkliche Petitesse. Es darf nicht sein, dass hier die Gewichte so unausgewogen verteilt sind. Hier verspreche ich mir eine Verbesserung. Man muss natürlich sehr behutsam vorgehen. Ich will in keiner Weise irgendwelche Ängste wecken, aber darüber muss man nachdenken. Ich glaube, was Herr Dr. Nevermann vorgeschlagen hat, geht in die Richtung, dass man die Dinge in einer Hand zusammenfasst, um dann noch einmal zu überlegen, wie man von der Gewichtung und der institutionellen Seite her das ganze Thema am besten in den Griff bekommt.

Vorsitzende: Noch eine Ergänzung, Herr Dr. Gauck? Ich muss Herrn Neumann fragen, ob er einverstanden ist, denn auch Herr Eckert war gefragt.

Dr. h.c. Joachim Gauck: Ich fasse mich kurz. Die Aufgaben der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sind in den nächsten Jahren noch so umfangreich, dass man nicht damit rechnen kann, dass die Mittel, die man braucht, dort abfließen werden, indem man die Bundesbeauftragte in ihren Aufgaben beschneidet. Der Bundesgesetzgeber hat der deutschen Öffentlichkeit unglaubliche

Nutzungsangebote gemacht und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nehmen diese Möglichkeiten unglaublich intensiv wahr. Deshalb ist es töricht zu erwarten, dass da in absehbarer Zeit Mittel frei werden. Nein, hier müssen andere Entscheidungen her.

Ich möchte die Damen und Herren Abgeordneten mit großem Nachdruck darum bitten, sich nicht in alte ideologische Schützengräben locken zu lassen, die mit irgendwelchen alten Links-Rechts-Debatten einhergehen. Wir haben das in der öffentlichen Wahrnehmung unserer Themen gesehen. Wir haben im vergangenen Jahr wirklich sehr unangenehme und irgendwie vorsintflutliche Ideologiedebatten im Zusammenhang mit unserem Thema geführt, und das geht nicht. Ich habe bei all den Herren, die hier Ihre Fragen beantworten, gesehen, dass wir nicht vor der Situation stehen, dass wir uns nicht zu einigen vermöchten. Ich plädiere noch einmal an die seit Jahren, man kann inzwischen sagen seit einem Jahrzehnt, bewährte Gemeinsamkeit der Demokraten angesichts von Vergangenheitsthemen. Es ist offensichtlich, dass wir die Gedächtniskultur, die die Bundesrepublik Deutschland nach 1968 im Westen für das Thema des Nationalsozialismus erreicht hat, nicht erreicht haben für die DDR-Zeit. Das ist ein Desiderat. Wenn wir das so weiter gehen lassen, ist das außerordentlich gefährlich, denn nur ein Fünftel der Deutschen hat die kommunistische Diktatur persönlich erlebt und deshalb brauchen wir eine Intensivierung des Bewusstseins, dass man sich dieser Form von Diktatur und Demokratiefeindschaft zuwenden muss.

Als Letztes lassen Sie mich noch sagen: Es bringt wenig, immer nur die Verbrechensintensität der jeweiligen Systeme miteinander zu vergleichen und dann zu irgendwelchen künstlichen Annäherungs- oder Unterscheidungsstrategien zu gelangen. Es geht darum, dass die Demokratiefeindschaft dieser über 40-jährigen Diktatur, und die Feindschaft gegenüber der Herrschaft des Rechts, die Feindschaft gegenüber der Rolle des Individuums in einem demokratischen Gemeinwesen so eklatant ist und so ähnlich mit der braunen Diktatur, dass wir diesen Angriff, der von der kommunistischen Seite ausgegangen ist, aus anderen Gründen als nur aufgrund der geschehenen Verbrechen wichtig nehmen und ins kollektive Gedächtnis der gesamten Nation und eben nicht nur derer, die in Sachsen und Mecklenburg und Brandenburg gewohnt haben, rufen müssen. Von daher bitte ich Sie wirklich, auch im Namen sehr vieler Landsleute aus den ostdeutschen Ländern, vermeiden Sie doch die parteipolitische oder innenpolitische Profilierung bei diesen heiklen Themen der Aufarbeitung der Vergangenheit. Danke.

Vorsitzende: Ich glaube, das ist hier kein Problem. Wir haben am Anfang festgestellt, dass wir nicht zum parteipolitischen Schlagabtausch hier sitzen. Wir kümmern uns um das Gedenkstättenkonzept. Wenn ich eine Bemerkung machen darf, Herr Gauck, von den in Westdeutschland Lebenden sind es, glaube ich, auch nicht mehr als 20 Prozent, die die NS-Diktatur noch erlebt haben. Die Zahlen helfen da nicht weiter, sondern es geht darum, Erinnern so zu ermöglichen, dass wir daraus für die Zukunft lernen. Ich mache diese Bemerkung, weil Herr Gauck am Anfang nicht da war. Ich denke, wir hatten hier einen sachlich guten Einstieg.

Herr Neumann, Sie haben jetzt die Wahl, ob die anderen Experten Ihre Fragen noch beantworten sollen oder Herr Nooke an der Reihe ist.

Thomas Lutz: Vielen Dank. Ich möchte noch etwas zur Vielfalt sagen. Über das Gedenkstättenkonzept und die Bundesförderung hinaus gibt es natürlich eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die vielen kleineren Gedenkstätten, die nicht im Bundeskonzept enthalten sind. Wir müssen aufpassen, dass in dem Moment, in dem wir diese Gedenkstätten in die Bundesförderung heben, kein unerwünschter Effekt eintritt. Es passiert ganz schnell, dass die wenigen Förderungen, die es von Ländern und Kommunen gibt, dann ganz weg brechen und dann nur noch der Bund bezahlt. Das heißt aber nicht, dass mehr für die Gedenkstätten getan wird. Die Crux liegt darin, diese gesamtstaatliche Verantwortung zu diskutieren. Traurig wiederum ist, dass die gesamtstaatliche Verantwortung nur unter dem Aspekt der Finanzierung diskutiert wird und nicht inhaltlich. Ich finde, man müsste zuerst einmal inhaltlich diskutieren. Man müsste klären, welche Aufgaben der Staat hat, welche Aufgaben die Länder haben und die Kommunen, welche Aufgaben die Zivilgesellschaft zu dem Thema hat. Erst danach kann man sich über die Finanzen unterhalten. Leider wird die Diskussion genau andersherum aufge-
rollt.

Außerdem muss ich Ihnen leider sagen, dass gerade die reichen Bundesländer wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und andere seit Jahrzehnten ihre Gedenkstätten stiefmütterlich behandeln. Dachau hat seit Jahrzehnten 700.000 bis 800.000 Besucher, hat es aber vor einem Jahr erst geschafft, mit viel Kampf eine Stelle für die pädagogische Arbeit eingerichtet zu bekommen. Zu meinen, das Problem ließe sich auf arm oder reich reduzieren, greift wohl zu kurz. Es liegt am Willen, der in den Bundesländern vorhanden ist bzw. nicht vorhanden ist. Da muss man sagen, dass die Bundesländer Brandenburg, Berlin, Thüringen und Sachsen wesentlich mehr für ihre Gedenkstätten tun als die westlichen Bundesländer.

Ich kann gut damit leben, wenn wir sagen, alle Gedenkstätten werden im Vergleich mit der ihnen zugemessenen politischen Bedeutung stiefmütterlich behandelt. Dies gilt besonders, wenn man sie mit Museen vergleicht, die eine ähnlich hohe Besucherzahl haben. Also, da wäre ich einverstanden. Große Schwierigkeiten habe ich, wenn es heißt, die Gewichte müssen verschoben werden. Das ist dann schon eine Ansage, die ich in keinster Weise teilen kann. Man muss einfach sehen, in der Bundesrepublik ist jahrzehntelang nichts passiert, erst Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre sind die Gedenkstätten dort entstanden. Neuengamme wird im Mai 2005 fertig, Flossenbürg wird 2007 fertig. Es stimmt einfach nicht, wenn gesagt wird, das eine ist fertig und das andere ist es nicht, da muss eine Entwicklung nachgeholt werden. Man muss beides im Blick haben. Beides lohnt sich, weiter gefördert zu werden, gerade wenn man sieht, welche politische Bedeutung das Thema in diesem Land hat.

Dr. Hubertus Knabe: Ich möchte gern richtig stellen, das Verschieben der Gewichte habe ich nur auf die DDR-Seite bezogen. Nur, damit hier kein Missverständnis aufkommt.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich sehe nicht, dass in dem Gedenkstättenbereich für die NS-Zeit Möglichkeiten bestehen, Abstriche zu machen. Im Gegenteil, wir haben in diesem Sektor durchaus auch noch Bedarf.

Herr Neumann, ich möchte darauf hinweisen, dass wir in den neuen Bundesländern mit Sachsenhausen und Buchenwald zwei große Gedenkstätten haben, die beide Vergangenheitskomplexe behandeln. Das gibt es also auch schon. Ich sehe ein, dass wir noch einiges mehr tun müssen im Hinblick auf die Stalinismus-Gedenkstätten. Allerdings müssen die Orte auch dafür geeignet sein. Die frühe stalinistische Phase eignet sich dazu. Wir haben aber eine gewisse Mühe, große Gedenkstätten oder etwas Vergleichbares für spätere Phasen der DDR-Entwicklung zu finden. Es kommt immer auf die Plausibilität des jeweiligen Ortes an.

Abg. Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gesetz den Fall, wir wollen eine Dokumentation der SED-Diktatur. Wo sehen Sie inhaltliche Defizite? Und wenn es zu einer Aufarbeitung kommt, wo, in welcher Institution hätten Sie diese Aufarbeitung gerne angesiedelt, im Deutschen Historischen Museum oder in der Stasi-Zentrale Magdalenenstraße, in der Gedenkstätte Hohenschönhausen?

Dr. h. c. Joachim Gauck: In Herrn Dr. Eckerts Text taucht der Begriff der Topographie eines DDR-Terrors auf. Wir brauchten so einen Lernort, der auch das Element der Begegnung mit einer authentischen Stätte bietet, zum Beispiel zur späten DDR-Diktatur. Und das ist Haus 1 in der Normannenstraße. Dort gäbe es die Möglichkeit, eine Bildungsbegegnung und eine museale, in der Nähe des Stasi-Archivs gelegene Begegnung zu ermöglichen. Irgendetwas muss dort ja geschehen. Und mit Hohenschönhausen ist es genauso. Ich lasse den Spezialfall Berliner Mauer, Bernauer Straße, aus. Da ist ein Punkt, wo ich sagen würde, ja, das beschreibt die Arroganz der Macht in der Zeit, in der die Diktatur - anders als im Stalinismus - Ärmelschoner angelegt hatte und gleichzeitig Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Bürgerrechte mit Füßen getreten wurden.

Vorsitzende: Möchten Sie, Frau Sowa, dass die Herren Eckert und Faulenbach, die sich auch gemeldet haben, antworten? Herr Eckert, bitte.

Dr. habil. Rainer Eckert: Es gibt ein grundsätzliches Problem. Wir haben bisher ausschließlich von Orten gesprochen, die an politische Gewaltherrschaft, Terror und Massenmord erinnern. Wir haben nicht über die Orte der Opposition und des Widerstandes gesprochen. Es scheint mir ganz entscheidend zu sein, das in die Diskussion mit einzubringen, diese Gedenkort für deutsche Zivilcourage oder Zivilcourage in Deutschland. Die gibt es für beide Diktaturen, die werden im Gesetzentwurf der CDU zumindest erwähnt, wenn auch aus meiner Sicht nicht konsequent ausgeführt. Darüber muss gesprochen werden. Welches sind die Orte, wie können sie finanziert werden?

Eine dritte Kategorie von Orten haben wir bisher auch nicht thematisiert. Das sind nämlich Orte, die nicht direkt mit Terror zu tun haben, sondern ganz allgemein mit diktatorischer Machtausübung, etwa

das Zentralkomitee, die Volkskammer oder Ähnliches. Von daher ist eine Erweiterung des Gesamtkonzepts dringend geboten.

Dr. Hubertus Knabe: Was die Defizite betrifft, sehe ich einen Punkt mit Sorge, die Verengung auf den Staatssicherheitsdienst. Ich glaube, die Partei muss viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Die zweite Frage war, wo soll die Aufarbeitung der SED-Diktatur angesiedelt sein. Die Opferdimension zeigt sich für die Besucher am eindrucksvollsten an Orten wie Hohenschönhausen, das merken wir an den Besucherzahlen, die inzwischen weit vor der Normannenstraße liegen, weil dieser Ort einfach eine andere Ausstrahlung hat. Dieser Ort ist - ohne jetzt Werbung in eigener Sache machen zu wollen - deshalb besonders wichtig, weil man dort die verschiedenen Phasen der Diktatur wie auf dem Tablett vorgelegt bekommt. Im Mai 1945 marschieren die Russen ein und richten dort das Lager ein, dann folgen die widerwärtigen 50er Jahre mit diesen Zellen dort unten in den Verliesen, im so genannten U-Boot. Und dann kommt nach dem Mauerbau diese moderne, nach internationalen Richtlinien ausgerichtete Diktatur, die kommode Diktatur Erich Honeckers, wie manche dazu sagen. Da wird nicht mehr geschlagen, sondern mit ganz filigranen psychologischen Methoden gearbeitet. Das kann man an diesem Ort sehr gut darstellen.

Das von Herrn Dr. Eckert angesprochene Thema Widerstand, finde ich auch wichtig. Es fehlt in Berlin und in Deutschland eine Gedenkstätte deutscher Widerstand für die Zeit der kommunistischen Diktatur.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich möchte den letzten Satz von Herrn Dr. Knabe aufgreifen. Er sagte gerade, es fehlt eine Gedenkstätte deutscher Widerstand. Ich frage deshalb ihn, Herrn Dr. Gauck, Herrn Dr. Eckert: Könnten Sie uns einen Vorschlag machen und einen möglichst authentischen Ort nennen, der sich dafür eignen könnte, dieses Konzept weiterzuentwickeln? Gleich anschließend eine Frage an Herrn Dr. Knabe. Sie haben in Ihrem Papier einen weiteren Schwerpunkt für die Fortentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes erwähnt, nämlich eine stärkere Akzentuierung der sowjetischen Besatzungsdiktatur. Bei allem grundsätzlichen Verständnis für diese Forderung frage ich mich, ob Sie schon an konkrete Orte gedacht haben, so dass wir diesen Vorschlag parlamentarisch weiterverfolgen und umsetzen können.

Dr. h. c. Joachim Gauck: Herr Dr. Eckert hat mit seinen Mitarbeitern in Leipzig außerordentlich verdienstvoll Dinge zusammengetragen. Leipzig wäre ein solcher Ort, wenn wir an das Jahr 1989 denken. In seinen Überlegungen kommt, glaube ich, auch das wirklich etwas stiefmütterlich behandelte Datum 17. Juni 1953 vor. Da wären Berlin oder Bitterfeld die richtigen Orte; Berlin wegen der nationalen Bedeutung des Themas Freiheitskampf. Wir haben die vielfältigen freiheitlichen und demokratischen Themen und Traditionen der Leute des 17. Juni wieder entdeckt. Wenn wir ihrer mit gedenken, und das müssen wir, dann würde sich Berlin anbieten. Aber es fällt mir schwer, einen authentischen Ort zu benennen. Wir müssten den Ring in Leipzig zum Museum erklären. Es gibt sehr interessante Entwürfe. Das kann man natürlich auch in Form eines Denkmals machen. Wenn Sie durch das bayrische Viertel in Berlin gehen, werden Sie erleben, dass auf eine eindrucksvolle und zurückhaltende

Art und Weise der systematischen Entrechtung und Verfolgung der Juden mit kleinen Schildern an Laternenmasten gedacht wird. Insofern könnten sich die Leipziger natürlich auch etwas für einen ganz konkreten historischen Ort einfallen lassen.

Dr. Hubertus Knabe: Ich kann gleich anknüpfen. Es ist in der Tat schwieriger, für die SED-Diktatur einen entsprechenden authentischen Ort zu finden. Ich habe im letzten Jahr vorgeschlagen, den Tränenpalast für dieses Thema ins Auge zu fassen. Der passt inhaltlich nicht ganz, aber - ganz pragmatisch gesehen – er liegt ausgesprochen zentral und könnte sich möglicherweise wie das Museum am Checkpoint Charlie sogar selber tragen. Außerdem sprich für den Tränenpalast, dass die größte Protestbewegung in der kommunistischen Diktatur die Fluchtbewegung und die Ausreisebewegung waren.

Der andere Ort, der einem sofort vor Augen steht, ist das Finanzministerium, das Haus der Ministerien, wo damals auf dem Vorplatz beeindruckende Ereignisse stattfanden. Wenn ich das an dieser Stelle sagen darf: Ich verstehe nicht, warum Herr Eichel dort die Fotos zum 17. Juni abgehängt haben will. Ich freue mich jeden Tag daran, wenn ich vorbei fahre und oben an der Wand die Arbeiter demonstrieren sehe. Das Denkmal, das dort im Boden eingelassen ist, sieht man nicht. Von daher wäre das auch ein Ort, wo man dieses Thema ganz gut zeigen könnte. Der Aspekt des authentischen Ortes, ich kann das nur wiederholen, ist eben deshalb so wichtig, weil er einfach stärker wirkt, wenn man dort steht und weiß, hier stand vor 50 Jahren ein konkreter Arbeiter auf dem Tisch, direkt vor mir. Das wirkt doch ganz anders, als wenn ich das in einem Schulbuch lese.

Was Herr Dr. Gauck zum bayerischen Viertel gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Wir haben bis heute keine „Straße der friedlichen Revolution“ in Berlin, wir haben, wenn ich richtig informiert bin, keinerlei Hinweis an der Gethsemanekirche, an der Zionskirche. Hier besteht großer Nachholbedarf, den man auch in kleinen Schritten decken kann.

Zum Thema sowjetische Besatzungszeit sehe ich vor allem zwei Orte: einmal Hohenschönhausen, darüber möchte ich jetzt nicht noch einmal sprechen, und dann das Gefängnis in Potsdam, das ehemalige sowjetische Gefängnis, das bis 1994 in Betrieb war. Es gibt kein anderes Gefängnis in Deutschland, und ich glaube auch europaweit, das diese Authentizität sowjetischer Verfolgungsmethoden bietet. Wenn Sie hineingehen, sehen Sie noch die alten Pritschen, Sie sehen noch die Stehzelle. Alles ist liegen geblieben. Nur, Sie dürften das Gefängnis nicht sehen, weil es wegen Baufälligkeit gesperrt ist. Ich hatte das große Glück, dass mir der Hausverwalter Zugang verschafft hat, aber das ist im Moment nicht mehr möglich wegen der großen baulichen Probleme und der Gefährdungen, die damit verbunden sind. Das wäre ein Ort, wo man diese sowjetische Phase auf ungeheuer bedrückende und anschauliche Weise deutlich machen könnte.

Vorsitzende: Jetzt ist die SPD an der Reihe. Herr Lutz hatte noch keine Gelegenheit, die Fragen aus der letzten Runde zu beantworten, Herr Barthel und Herr Meckel haben sich gemeldet. Wie verfahren

wir jetzt? Der SPD stehen 15 Minuten zur Verfügung. Die Frage ist jetzt, ob wir noch die Antworten von Herrn Lutz hören oder gleich mit den Fragen von Herrn Barthel weitermachen?

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich möchte auf einen Beitrag von Herrn Dr. Gauck zurückkommen, der einen Appellcharakter hatte. Ich lasse meine Detailfrage weg und frage generell: Die Gedenkstättenkonzeption war getragen von einem breiten Konsens, nicht nur der Parteien, sondern auch in der Gesellschaft, bei den Opferverbänden und auch bei denen, die in diesem Bereich tätig sind. Herr Gauck, ich habe das Gefühl, dieser Konsens existiert nicht mehr. Was in Dresden passiert ist bei der Auseinandersetzung um das Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, dass sich dort die Opferverbände gespalten haben, halte ich für eine ganz schlimme Entwicklung. Deswegen möchte ich Ihren Appell unterstützen und stelle die Frage: Wie schätzen Sie den Konsens ein, der 1999 vorhanden war, und was sind die Gründe dafür, dass er nicht gehalten hat?

Mit einem Begriff habe ich Probleme. Deshalb möchte ich Sie bitten, mir diesen Begriff noch einmal zu erläutern. Ich weiß nicht, warum ich bei dem Begriff „Nachholbedarf“ immer das Gefühl habe, der passt nicht in die Gedenkstättenkonzeption, kommt aber immer wieder vor. Deswegen frage ich, was verstehen Sie unter Nachholbedarf? Das kann doch nicht nur etwas Quantitatives sein. Ich bin jetzt bewusst extrem, wir diskutieren ja nicht jenseits der Aktualität. Wir müssen uns zurzeit mit einer Bewegung auseinander setzen, die die Geschichte relativiert, die Täter und Opfer verwechselt. Es geht um eine Entwicklung, die wir nicht nur in Sachsen finden. Besteht nicht auch in diesem Bereich aufgrund der aktuellen Entwicklung in Deutschland ein Nachholbedarf?

Dr. h. c. Joachim Gauck: Ich halte den Konsens für wieder herstellbar. Er ist nicht im Kern dahin, sondern wir sind in einer heiklen Phase, die auch damit zusammenhängt, dass in Deutschland andere Geschichtsthemen wieder breiter debattiert werden, die eine Zeitlang nicht mit dieser Aufmerksamkeit verfolgt wurden.

Ich gehe noch einmal auf Sachsen ein, weil Sie Sachsen erwähnt haben. Sie dürfen nicht vergessen, dass die sächsischen Sozialdemokraten dem Gesetz zugestimmt haben. Das ist Teilen der Öffentlichkeit nicht bekannt, und dann wird so getan, als handele es sich hier um einen alten Links-Rechts-Konflikt. Das stimmt nicht ganz, wenn man genau hinschaut.

Ich habe neulich anlässlich einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Potsdam von Herrn Nooke ein Friedensangebot gehört. Er hat dort der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass er nicht auf der speziellen Form, die er mit seinen Kolleginnen und Kollegen in seinem Antrag gewählt hat, bestehen würde, wenn sich in der Sache etwas täte. Ich verstehe auch dieses Gespräch hier als Versuch, sich wieder auf dem Boden des Konsenses zu bewegen. Ich habe allen Fraktionsvorsitzenden in diesem Sinn einen Brief geschrieben und sehr stark für den Konsens geworben. Noch ist der Zug nicht abgefahren.

Ich habe nicht Nachholbedarf gesagt, sondern von nachholen gesprochen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Bund selbstverständlich eingetreten ist mit seiner Potenz – das hängt ja auch mit in-

ternationalen Verträgen zusammen -, um das Treptower Ehrenmal für die Sowjettruppen wieder herzustellen. Wenn ich sehe, wie er bei wichtigen Projekten eingesprungen ist, wenn das Land Berlin in Not war, dann ist ganz offenbar ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein gewachsen, das sich auf eine 40-jährige Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Debatten über Schuld und Verantwortung gründen kann. Diese Debattenzeit haben wir für die Bewusstseinsbildung angesichts der kommunistischen Diktatur einfach noch nicht gehabt. Deshalb sollte die Bundesregierung rechtzeitig auch mit institutionellen Förderungsmechanismen eingreifen, um hier nicht den Eindruck zu erwecken, dass wir für das, was wir alle akzeptieren, die intensive Aufarbeitung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft alles tun, dass wir praktisch die Pest bekämpfen, dass wir aber die danach folgende Cholera weniger aufmerksam begleiten. Nein, wir müssen beides mit großer Intensität betreiben. Aber einiges lernen wir in Bezug auf die Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft erst, deshalb habe ich den Begriff des Nachholens in meinem Text. Ich sehe an dieser Stelle keinen großen Konflikt zu der anderen Art der Aufarbeitung.

Thomas Lutz: Einerseits würde ich lieber konkret über die Gedenkstättenarbeit reden, weil es da an vielen Stellen brennt, andererseits steht diese Arbeit natürlich in einem gesellschaftspolitischen Rahmen, über den man sich auch unterhalten muss. Ich denke, dass die Gedenkstätten einen wichtigen symbolischen Wert für diese Gesellschaft haben, weil sich an den authentischen Orten vieles fest macht. Hier gibt es Bedarf, der dringend gedeckt werden muss. Nehmen Sie als Beispiel nur einen Kreis, der darüber nachdenkt, die Förderung von 8.000 € einzustellen und damit die ganze Gedenkstätte in Gefahr bringt, wie das in Moringen der Fall ist. Oder nehmen Sie Hessen, wo 15 Prozent der Mittel vom Land gestrichen werden. Solche Entscheidungen strahlen natürlich aus in die Gesellschaft. Wie geht man mit den Gedenkorten um, ist man bereit, sie zu finanzieren oder nicht? Diejenigen, die in den Gedenkstätten für NS-Opfer arbeiten, schauen immer mit großen Augen auf die Stiftung Aufarbeitung. So ein Instrument gibt es bisher für die NS-Opfer-Gedenkstätten nicht.

Im gesellschaftspolitischen Rahmen werden Probleme besonders deutlich, seit wir die Eindeutigkeit in der Trennung der verschiedenen Verfolgungsperioden aufgegeben haben. Mich wundert es überhaupt nicht, dass wir zum ersten Mal ausgerechnet in Sachsen im Landtag diese Probleme sehen, weil es dort eine Landesregierung gibt, die es in ihrem Gedenkstattengesetz geschafft hat, das Wort Nationalsozialismus wegzulassen. Wenn die Geschichten vermischt werden, braucht man sich natürlich auch nicht zu wundern, wenn anschließend die NPD die SS und das britische Militär auf eine Täter-Stufe stellt. Das alles ist natürlich ein Ausdruck der politischen Kultur in diesem Land. Die Gedenkstätten sind das schwächste Glied in dieser Kette. Deshalb glaube ich, dass der antitotalitäre Konsens uns allein nicht weiterhilft. Er lässt viele Fragen offen, die wir viel genauer beantworten müssen. Natürlich gab es viele Möglichkeiten in Diktaturen, sich zu verhalten, aber sie waren ganz anders zu Zeiten der SBZ als zu Zeiten der DDR, und sie waren noch einmal ganz anders als zu Zeiten des Nationalsozialismus.

Bei diesem antitotalitären Konsens fehlt mir immer, dass er uns kaum Möglichkeiten lässt, auch Zukunftsthemen zu behandeln. Dabei geht es doch eigentlich darum, aus der Geschichte zu lernen. Ru-

anda kommt darin nicht vor, Darfur kommt nicht vor. Da wird im Moment gemordet, während wir hier sitzen. Und natürlich bleiben viele andere Fragen, die wir im Nationalsozialismus vor dem Hintergrund der Geschichte zu erarbeiten versuchen: Medizin und Ethik oder Technik und Verantwortung. Das sind alles Themen, die sehr viel mit der Gegenwart und mit der Zukunft zu tun haben. Sie kommen in diesem antitotalitären Konsens aber nicht vor. Von daher bin ich für eine Öffnung dieses Themas. Das wird u. a. darin deutlich, dass wir ein internationales Komitee für Gedenkstätten für Opfer staatlicher Diktatur gegründet haben. Dort versuchen wir, auch auf dieser Ebene professionell zusammenzuarbeiten und geschichtspolitische Diskussionen möglichst außer Acht zu lassen. Danke schön.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich kann es sehr kurz machen. Ich habe mir zwei Defizite aufgeschrieben. Das eine ist schon genannt worden, Opposition und Widerstand als eine eigene Dimension, die man klar unterscheiden muss von der Opfer-Dimension, obwohl es natürlich Beziehungen zwischen beiden gibt. Der andere Punkt betrifft die Frage der deutschen Teilung. Hier ist angesprochen worden, dass es quantitativ sehr viel gibt, etwa entlang der deutsch-deutschen Grenze. Wie ist Ihre Einschätzung, reicht das, was wir in der Bernauer Straße haben oder sehen Sie weiteren Handlungsbedarf? Ich kann nur sagen, ich sehe ihn, wenn ich die Millionen Menschen beobachte, die nach Berlin kommen und danach fragen, wo die deutsche Teilung sich widerspiegelt. Für viele ist unverständlich, dass dies an dem Ort, der das Symbol der deutschen Teilung und auch das Symbol des Mauerfalls war, kaum wahrgenommen werden kann.

Dr. habil. Rainer Eckert: Ich möchte noch einmal etwas zur politischen Kultur in Sachsen sagen. Wie Sie, Herr Lutz, die Situation dargestellt haben, ist das einfach falsch. Diese Darstellung muss ich zurückweisen. Wir haben einen grundsätzlichen antitotalitären Konsens in Sachsen. Zum Glück. Und dieser Konsens reicht bis in die Bürgerbewegung hinein, die übrigens im Vorfeld zu ihrer Meinung über das hier umstrittene Gesetz befragt worden ist. Wir hatten damit nicht solche Probleme.

Zum Thema Widerstand und Opposition: Wir haben eine Museums-Gedenkstätte zu den deutschen Freiheitstraditionen in Rastatt, die auf eine Initiative des Bundespräsidenten Heinemann zurückgeht. Wir haben die Gedenkstätte Deutscher Widerstand für den Nationalsozialismus und wir haben - jetzt muss ich wie Herr Knabe pro domo sprechen - in Leipzig das Zeitgeschichtliche Forum als zweites Haus die Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, ein Haus mit sehr großen Möglichkeiten und Kapazitäten, seit fünf Jahren erfolgreich, mit jetzt über 900.000 Besuchern allein in den Ausstellungen. Ich denke, dass für den Widerstand in der DDR Leipzig der geeignete Ort ist. Eine Alternative wäre Jena, nicht Berlin. Leipzig mit frühem studentischem Widerstand bis hin zu Todesurteilen, mit Aufstandshandlungen am 17. Juni, mit Widerstand in den christlichen jungen Studentengemeinden in den 60er Jahren, mit den Montagsdemonstrationen bis hin zur friedlichen Revolution. Wir haben neben unserem Haus auch die originalen Orte. Zu nennen wäre zuerst die Nikolaikirche als der Ort der Friedensgebete und der Montagsdemonstrationen und, nicht zu vergessen, die Runde Ecke als eine Staatssicherheitszentrale mit dem Museum in der Runden Ecke. Es gibt also diese Orte. Leipzig bietet sich hier an, sollte Teil des Gesamtkonzeptes sein.

Was die deutsche Teilung, die Mauer angeht, muss man, glaube ich, differenzieren. Zum einen geht es um die Berliner Situation und dann um die Situation an der deutsch-deutschen Grenze. An der deutsch-deutschen Grenze gibt es etwa 40 Museen. Das große Problem ist, abgesehen von der Finanzierung, dass viele dieser Museen keine eigentlichen Grenzmuseen, sondern mehr Grenztruppenmuseen sind. Hier ist eine Evaluation notwendig und eine inhaltliche Überarbeitung weg zum Grenztruppenmuseum zum eigentlichen Thema Grenze, eventuell noch zum umgebenden Gebiet. Außerdem wird man fragen müssen, ob 40 notwendig sind. Für Berlin hat es vor einigen Tagen eine Anhörung gegeben, einberufen vom Kultursenator, ich habe als Sachverständiger mit am Tisch gesessen. In der Diskussion waren wir ziemlich einhellig der Meinung, die Gedenkstätte Bernauer Straße soll gestärkt werden, soll weiter ausgebaut werden und inhaltlich mit dem Gelände um den Nordbahnhof verbunden werden. Der zweite Punkt ist eine Informationsstelle am Brandenburger Tor. Die würden wir befürworten und zwar an einer Stelle, an der die Geschichte des Brandenburger Tors thematisiert wird und von wo aus auf die anderen in Berlin vorhandenen Mauerorte verwiesen wird. Es geht also um eine Kommunikationsstelle. Ganz offen ist, wie mit dem Checkpoint Charlie umgegangen werden soll. Aus unserer Sicht ist der Checkpoint Charlie der Ort des Kalten Krieges, der Blockkonfrontation und sollte entsprechend mit einer Gedenkstätte, einem Museum bespielt werden. Das sind die drei entscheidenden Komponenten. Darüber hinaus wären ein Mauerweg zu nennen, der Erhalt der künstlerischen Installation „Parlament der Bäume“ von Ben Wargin und die Mauergalerie.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Erste Bemerkung: Wir brauchen nicht nur ein negatives Gedächtnis, sondern auch ein positives Gedächtnis. Insofern würde ich generell die Freiheitstradition deutscher Geschichte an authentischen Orten in anderer Weise würdigen, als das bislang der Fall ist. Rastatt ist hier schon als Stichwort genannt worden. Zweiter Punkt: Es fehlt meines Erachtens ein Ort, wo die SED-Herrschaft als Ganzes in den Blick kommt. Wir haben immer den Stasi-Komplex, aber wir müssten die gesamte SED-Herrschaft betrachten. Dafür wäre ein Haus wie das frühere ZK-Gebäude, Torstraße, geeignet. Dabei müsste selbstverständlich auch der Widerstand, der mit dieser Stelle verbunden ist, dargestellt werden.

Schließlich eine dritte Bemerkung: Ich glaube, wir leisten der gesamten Gedenkstättenarbeit keinen guten Dienst, wenn wir, wie das auch hier manchmal passiert, die Vergangenheiten sehr konfrontativ gegeneinander stellen. Ich bin selbst in der Anhörung in Sachsen dabei gewesen. Die war zum Teil sehr konfrontativ zwischen den verschiedenen Vergangenheiten. Dies nutzt meines Erachtens niemandem. Man hat mit hoher Sensibilität im Hinblick auf beide Vergangenheiten zu diskutieren und man hat sich wirklich davor zu hüten, Dinge gegeneinander zu stellen. Sonst fühlen sich auch vielfach die Opfergruppen nicht richtig ernst genommen. Da ist einfach mehr Sensibilität in den Diskussionsprozessen nötig, wenn wir in diesen Fragen weiterkommen wollen, wenn wir den Konsens, den wir in der Tat über Jahre gehabt haben, wieder herstellen wollen.

Abg. Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage zu dem Komplex bürgerschaftliches Engagement, Stärkung der Zivilcourage, insbesondere bei jungen Leuten, da das ja zurzeit sehr aktuell ist. Ich möchte dazu von Herrn Dr. Eckert und von Herrn Lutz etwas hören. Da ich

selbst aus Leipzig bin, kenne ich das Zeitgeschichtliche Forum ganz gut und weiß, dass die Ausstellungen dort sehr modern gestaltet sind. Herr Eckert, wie sind Ihre Erfahrungen mit jungen Leuten? Wie können Sie das Problemfeld bearbeiten, ohne zu oberflächlich zu werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass die DDR sozusagen comicmäßig überkommt. Wie finden Sie die Balance?

Thomas Lutz: Es ist nicht einfach, so eine komplexe Frage so kurz zu beantworten. Auf der einen Seite haben die Gedenkstätten durch das bürgerschaftliche Engagement gelebt. Sie können aber nur bestehen, wenn es von der öffentlichen Hand Hilfe gibt. Da eine Balance zu finden, ist ganz wichtig. Das fängt an in den entsprechenden Gremien und bei der Frage, welches Mitspracherecht dieses Gremium hat. Auf der anderen Seite sind wir in den Gedenkstätten auf dem Weg der Professionalisierung, das heißt, dass wir auch das bürgerschaftliche Engagement vielmehr professionalisieren müssen als das früher der Fall war. Es muss viel mehr eingearbeitet, betreut und begleitet werden, auch dafür braucht man mehr Kapazitäten als in allen Gedenkstätten vorhanden sind. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Wir stellen auf allen Ebenen fest, dass junge Menschen sich lieber individuell engagieren, organisieren als in irgendwelchen Gruppierungen, wo immer das ist. Darauf versucht man in den Gedenkstätten zu reagieren. Es gibt zum Beispiel Einrichtungen, die extra Jugendgruppen einrichten, die junge Leute, die in die Oberstufe gehen oder eine Lehre machen, anregen wollen, Arbeit in der Gedenkstätte zu übernehmen. Oft sind das ganz gezielte Angebote. Es gibt auch Angebote, zeitweise in Gedenkstätten zu arbeiten, Workcamps und Ähnliches. Auf der Bildungsebene gibt es viele Möglichkeiten, sich individuell zu engagieren. Natürlich leben Gedenkstätten, vor allem, wenn sie hohe Besucherzahlen haben, auch von ihren Honorarkräften. Das ist natürlich auch eine Art „Durchlauferhitzer“ etwa für Leute, die im Studium sind und anschließend etwas anderes machen, aber viel von den Erfahrungen mitnehmen können. Kurz gesagt, auf diesem Gebiet passiert eine Menge, es könnte aber trotzdem noch mehr sein.

Dr. habil. Rainer Eckert: Was das bürgerschaftliche Engagement angeht, bin ich ausgesprochen besorgt, kann also diese positiven Einschätzungen nicht teilen. Das entscheidende Problem ist, dass die jungen Leute fehlen, der Nachwuchs fehlt. Wenn ich mir heute die Initiativen der Bürgerbewegung der DDR bei ihren Treffen ansehe, dann ist mein Eindruck, dass sich sehr viele im Vorruhestand oder in der Rente befinden und dass kaum Junge dazugekommen sind. Das halte ich für ganz problematisch.

In Leipzig mussten wir nach der Eröffnung vor fünf Jahren die Erfahrung machen, vor allem von Lehrern weitgehend boykottiert zu werden. Viele Lehrer haben sich geweigert, unser Haus zu betreten. Sie haben zu ihren Schülern gesagt, geht mal dort hin, da wird euch gezeigt, wie der Westen die Geschichte sieht, wir sehen die Dinge ganz anders, wir gehen inzwischen einkaufen. Es ist uns gelungen, diesen Bann durch konkrete Angebote zur Projektarbeit an die Lehrer zu durchbrechen. Dabei ist wichtig, dass die Lehrer diese Projekte gegenüber ihrer Dienstaufsichtsbehörde abrechnen können. Die Lehrer müssen bestimmte Projektstage, bestimmte Exkursionen anbieten. Das können sie jetzt bei uns machen. Es gibt eine Rundumbetreuung von morgens bis abends, Lehrer und Schüler gehen glücklich nach Hause und haben etwas gelernt. Und inzwischen werden wir von jungen Leuten beina-

he überlaufen. Es kommen sehr viele, man hat manchmal den Eindruck, es kommt nur noch die Jugend in das Haus, es kommen vielleicht sogar zu wenig Alte. Es ist also möglich, den Bann bei den Lehrern zu durchbrechen, es ist nicht so hoffnungslos, wie viele denken, und man kann auch Jugendliche interessieren und gewinnen.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich habe eine letzte Frage an Herrn Dr. Gauck. Sie haben auffällig knapp geantwortet, viel knapper als alle anderen in Ihrer schriftlichen Äußerung zu der brisanten Frage: Wie bewerten Sie die Einbindung von NS-Diktatur und SED-Diktatur in ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept? Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, das Thema noch ein bisschen zu vertiefen. Sie schreiben: Deutlich ist, dass neben strukturellen Gemeinsamkeiten tief greifende Unterschiede bestehen. Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie schon einen pragmatischen Vorschlag haben, wie man die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in ein Konzept einbinden kann.

Dr. h. c. Joachim Gauck: Ich bin da eher zurückhaltend. Mir scheint gegenwärtig die Zeit, die Gemeinsamkeit zu betonen, nicht besonders günstig zu sein. Trotzdem würde ich darauf nicht verzichten. Es war ein unglaublicher Fortschritt, dass wir im Ergebnis der Arbeit der Enquete-Kommission zur SED-Diktatur zu diesem antitotalitären Konsens gelangt sind. Und wenn das so ist, wenn das die gemeinsame Überzeugung der Demokraten war, dann müssen wir uns jetzt nicht davon verabschieden, weil es Probleme gibt zwischen unterschiedlichen Gruppen von Opfern und zwischen unterschiedlichen Aufarbeitungsmilieus. Das ist zu ertragen. Das geht ja bis zur Eifersucht. Ich habe mir von Prof. Dr. Faulenbach erzählen lassen, wie das in den ersten Tagen war, als sich die unterschiedlichen Milieus etwa in Sachsenhausen getroffen haben. Es ist mühsam, den Respekt und die Empathie für die jeweils andere Gruppe von Opfern zu erreichen. Wir in unserer Vereinigung verstehen uns als Menschen, die dafür werben, dass das möglich ist. Wir wollen um nichts in der Welt so tun, als wäre der Angriff auf die Demokratie, von welcher Seite er auch kommt, etwas Niedliches oder könnte man gnädiger sein. Wir wollen uns auch verabschieden von diesen linken Irrtümern der netten Linken bei uns in der DDR und eines Teiles der linken 68er Generation mit ihrer Wahrnehmungsverweigerung, was den Kern der Wegnahme von Würde, Freiheit und Bürgerrechten in der roten Zeit betrifft. Deshalb finde ich, dass wir mit Respekt auf Arbeiten sehen müssen wie in Buchenwald und in Torgau, wo es durch den Ort geboten ist, den Folgen von zwei ganz unterschiedlichen Diktaturen Respekt und Aufmerksamkeit zu erweisen. Was nicht von allen anerkannt ist, ist der Ansatz, den ich außerordentlich begrüße, dass wir an diesen konkreten Orten die je spezielle Form von Unterdrückung und Rechtlosigkeit von Opfern dokumentieren müssen. Das wäre ja ein Versagen gegenüber unserem aufklärerischen Anspruch, wenn wir aus Furcht vor Debatten im Grunde meinen, wir müssten diesen Konsens verlassen. Wir bleiben bei dem Konzept, dass man unterschiedliche Diktaturen in einem Gedenkstättenkonzept behandeln kann. Man muss es sich doch dadurch nicht leicht machen.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Ich würde gerne, da Herr Gauck jetzt anwesend ist, noch einmal auf meine erste Frage zurückkommen, die von allen bis auf Herrn Dr. Knabe beantwortet wurde. Dabei ging es um die Kriterien der Förderung, die wir im Gedenkstättenkonzept festgeschrieben haben. Im Wesentlichen ist von allen gesagt worden, diese Kriterien sollten auch für die Förderung

der Gedenkstätten zur SED-Diktatur gelten. Herr Dr. Knabe hat gesagt, wir müssten hier einen anderen Ansatz haben, andere Maßstäbe wählen. Ich denke das nicht. Ich möchte, dass die Frage vor allen Dingen noch einmal hinsichtlich des Engagements der Länder beantwortet wird und hinsichtlich der Notwendigkeit wissenschaftlich fundierter Konzeptionen für die Umsetzung. Ich hatte den Eindruck, hier wird der Anschein erweckt, der Bund habe sich gerade für diese Zeit zu wenig engagiert, auch finanziell. Das ist aus meiner Sicht merkwürdig. Es gibt seit Jahren ein sehr großes Engagement des Bundes. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir seit 1999 die Mittel für diesen Bereich um 100 Prozent erhöht haben. Das ist mit der neuen Konzeption möglich gewesen. Das ist ein großer Erfolg für unseren Bereich gewesen. Wir haben drei Einrichtungen, die zu 100 Prozent vom Bund getragen werden, in Leipzig das Zeitgeschichtliche Forum, die Stiftung Aufarbeitung und die Birthler-Behörde. Es hört sich immer so an, als ob zu wenig gemacht würde, aber größeres Engagement braucht eine Grundlage. Und da, meine ich, muss es die gleichen Bedingungen geben wie für die Förderung der Gedenkstätten zur NS-Diktatur.

Wenn wir uns jetzt – dazu gibt es ja eine Zusicherung - verstärkt der Konzeption der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen, ist ein bunter Fächer aufgemacht worden, was man alles machen müsste. Es sind Orte genannt worden wie ein neues Dokumentationszentrum für den Widerstand oder das KGB-Gefängnis. Ich glaube, dass man sich konzentrieren muss, Prioritäten setzen muss, um nachvollziehbare Erfolge zu haben. Wo würden Sie dort die Prioritäten setzen? Sollte man sich in der nächsten Zeit nicht auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren? Das würde ich sehr gerne alle noch einmal fragen.

Dr. h. c. Joachim Gauck: Zunächst habe ich in meinem Eingangsstatement die Leistungen der deutschen Parlamente, die beteiligt waren, und der deutschen Regierung gewürdigt. Wir haben, verglichen mit anderen Ländern, die gelitten haben, wirklich eine hervorragende Gedenkstättenlandschaft. Meine Sorge und meine in meinen schriftlichen Einlassungen zu erkennende Bitte, dass der Bund möglicherweise stärker eintreten sollte, hängen nicht damit zusammen, dass ich seine Leistungen nicht würdigen kann. Ich habe angesichts der Nöte des Landes Berlin eben die Sorge, dass etwas so Wichtiges wie das Haus 1 in der Normannenstraße untergeht. Natürlich nehme ich das, was Prof. Dr. Faulenbach gesagt hat, ernst. Eigentlich müssten wir das Zentralkomitee der SED stärker vor Augen führen. Aber ich plädiere dafür, uns auf das Machbare zu konzentrieren. In der Tat werden wir wahrscheinlich nicht so viele Grenz Museen staatlich fördern können, wie das gerne möchten. Das sehe ich alles ein. Es darf hier aber keinen systemischen Abbruch geben. Für unsere freiheitliche Gesellschaft stellt sich vielmehr die Herausforderung, vermehrt Anstrengungen zu unternehmen. Wäre Berlin potenter, hätte ich diese Teile in meinem Statement, die den Bund ansprechen, so nicht formuliert. Vielleicht wäre der CDU/CSU-Antrag dann auch gar nicht vorgelegt worden, das weiß ich nicht. Ich wünschte mir, dass Berlin zu seiner Verantwortung steht, aber ich bin da skeptisch und schaue deshalb auf den Bund.

Thomas Lutz: Man muss die verschiedenen Ebenen unterscheiden. Dass der Bund als Projektförderer eingestiegen ist, war notwendig. Da ist ganz viel passiert. Die Gedenkstätten, die jetzt in die institu-

tionelle Bundesförderung übernommen werden sollen, sind ja sehr vernünftig und ich glaube, es ist nicht nur sinnvoller, sondern sogar preiswerter, institutionell zu fördern statt bei der Projektförderung zu bleiben. Man muss dann nämlich nicht versuchen, immer wieder über eine Projektförderung die Grundförderung hinzubekommen. Man kann sich dann wirklich konzentrieren. Letztlich ist das eine preiswertere Lösung.

Für die vielen anderen Gedenkstätten ist die Situation wesentlich problematischer. Denen fehlt die Grundförderung, das ist immer schon betont worden. Wir appellieren immer wieder an die Bundesländer und die Kommunen, an dieser Stelle etwas zu tun. Gerade die westlichen Bundesländer tun sich da schwer und bezahlen wesentlich weniger als die östlichen Bundesländer - nicht erst seit 1990, sondern seit Jahrzehnten. Während das Gedenkstättenkonzept des Bundes offen ist, ist es ja so, dass die Stiftung Aufarbeitung ausschließlich für die NKWD- und SED-Opfergedenkstätten da ist. Deshalb wäre meine Bitte, darüber nachzudenken, inwieweit man eine ähnliche Einrichtung für die kleineren Gedenkstätten im NS-Bereich fördern könnte. Das wäre ungemein wichtig und eine große Hilfe.

Was ansonsten die Zusammenarbeit angeht, sind wir offen. Ich habe das auch in meiner Stellungnahme gesagt. Seit 1990 ist viel Sinnvolles passiert, aber auch da kommen wir an Kapazitätsgrenzen. Wenn bundesweit angebotene Seminare in den letzten zehn Jahren zwischen 70 und 120 Teilnehmer hatten und dann kommen einige 100 Aufarbeitungsinitiativen und Gedenkstätten dazu, dann ist das schon organisatorisch nicht mehr zu machen. Man muss über neue Formen nachdenken, und ich bin wirklich gern bereit, mich daran zu beteiligen. Allerdings: Verbesserungen sind hier nicht kostenlos zu haben. Man muss überlegen, wie man das finanzieren will.

Dr. Hubertus Knabe: Wenn wir als Sachverständige eingeladen sind, dann natürlich nicht, um der Bundesregierung zu bescheinigen, wie gut sie arbeitet. Wir sind dazu da, die Probleme zu benennen. Ich kann Herrn Gauck nur ausdrücklich zustimmen, dass sehr, sehr viel erreicht worden ist. Das stellt niemand in Frage. Ich wollte auf die Probleme eingehen, auf die Stellen, an denen man unter Umständen anders justieren muss. So waren ja auch die Fragen formuliert. Wo funktioniert es nicht, wie wir es uns wünschen? Deswegen habe ich die Defizite benannt, die mir besonders wichtig sind, Herr Dr. Gauck und Herr Dr. Eckert haben das bestätigt. Man muss sich überlegen, mit welchen Instrumenten man in einem überschaubaren Zeitraum - das sind vielleicht zehn Jahre - diese Probleme abbauen kann.

Sie haben nach den Kriterien gefragt. Auch da bitte ich, nicht missverstanden zu werden. Ich habe nicht gesagt, dass die Förderung von Gedenkstätten auch dann erfolgen soll, wenn sie nicht wissenschaftlich fundiert arbeiten. Ganz im Gegenteil. Ich bin ein großer Anhänger wissenschaftlicher Solidität der Arbeit. Es gibt nur ganz praktisch das Problem, dass bestimmte Orte nicht einmal diese Hürde überschreiten können. Wenn uns ein bestimmter Ort wichtig ist, dann darf er aber nicht daran scheitern, dass diejenigen, die sich für diesen Ort engagieren, nicht in der Lage sind, diese Hürde zu überspringen, sondern dann müssen wir überlegen, wie wir helfen können. Der Punkt, um den es eigentlich geht, ist, wie man die Dinge ins Laufen bringt, in einen Zustand versetzt, dass sie von alleine funk-

tionieren. Wir haben beispielsweise in Hohenschönhausen vor einiger Zeit damit angefangen, Eintrittsgelder zu nehmen. Das fiel uns sehr schwer. In NS-Gedenkstätten ist das, glaube ich, bislang nicht üblich, und wir stellen fest, es funktioniert. Die Leute sind bereit, 3 € Eintritt zu bezahlen. Dazu bedarf es aber erst einmal einer Institution, die diese Besucher betreut, die Werbung macht, die die Besucher empfängt usw.

Ein letzter Punkt: Wir brauchen nicht wenige Leuchttürme, sondern wir brauchen eine vielfältige Landschaft. Das möchte ich noch einmal unterstreichen. Wenn ich mir vorstelle, dass die NPD in Sachsen so stark ist, dann wünsche ich mir, dass Schüler in jeder kleineren und größeren Stadt die Möglichkeit haben, sich mit dem Thema auf andere Weise zu beschäftigen als nur mit einem langweiligen Schulbuch und dem Geschichtslehrer. Von daher muss man, wenn man konzeptionell nachdenkt, auch überlegen, wie man in der Fläche wirkt. Aus meiner Sicht geht es darum, eine große Blumenwiese zu düngen, damit die Auseinandersetzung nicht nur an den zentralen Stätten stattfindet, sondern wirklich in der Fläche. Denn das ist meines Erachtens der einzige Weg, solchen Gefahren für die Demokratie, wie sie Herr Gauck vorhin auch noch einmal anschaulich geschildert hat, entgegenzuwirken.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Ich knüpfe noch einmal an der Überschrift des Antrags an, den wir heute beraten. Danach geht es um die Förderung von Gedenkstätten für die Opfer der beiden deutschen Diktaturen, es ist also ein bescheidener Ansatz im Vergleich zu dem, was hier alles gesagt wurde, was in Ihren Stellungnahmen steht. Meine Frage vor allem an Herrn Dr. Gauck, Herrn Dr. Eckert und Herrn Prof. Dr. Faulenbach: Darf man dieses Thema der öffentlichen Debatte überlassen oder braucht man nicht vielmehr ein Beratergremium in Berlin oder bei der Staatsministerin für Kultur und Medien, damit das Problem konzeptionell weiter bearbeitet wird? Das bereits existierende Expertengremium, das die Gelder verteilt, kann das wahrscheinlich gar nicht alleine leisten, sondern müsste einen Auftrag bekommen, um das, was heute hier an Substanz erzeugt wurde, weiterzuführen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind wir am Anfang des Weges. Wie könnte die weitere Arbeit aussehen? Ist in diesem Zusammenhang die Bereitschaft von verschiedenen Akteuren gefragt, mitzuarbeiten? Das würde ich vorschlagen.

Außerdem möchte ich in der Diskussion um die Gesamtkonzeption die Frage stellen – auch an die drei schon genannten Herren -, ob es nicht zur Verantwortung im wiedervereinigten Europa gehört, in der Hauptstadt Deutschlands deutlich zu machen, dass wir uns um beide Diktaturen kümmern. Sonst bekommen wir doch eine ganz schiefe Debatte. Wir handeln uns den Vorwurf ein: Ihr wollt uns mit der Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft vorführen, wie wir das im Baltikum machen müssen, aber wir haben hier ein ganz anderes Problem mit dem, was der Kommunismus angerichtet hat. Herr Putin könnte sagen: Das ist nett, dass ihr das so toll gemacht habt, dann brauche ich mich um meine Gulags nicht zu kümmern. Hier sind verschiedene Entlastungen denkbar, die andere, wenn wir es nicht gut genug machen, für sich in Anspruch nehmen könnten. Wenn man die richtigen Lehren aus dem 20. Jahrhundert ziehen will, muss man schon deshalb über beide Diktaturen reden und muss beide Diktaturen zusammen denken. Wie kam es zu der friedlichen Revolution 1989? Wie kam es zu der Bedeutung, die Leipzig in dieser Phase hatte? Tschechien, Polen und Ungarn müssen mit in diese

Frage hinein genommen werden. Wenn man das Thema so fasst, sind viele Chancen enthalten. Teilen sie diese Auffassung, dass da ein Grund liegt, die Fragestellung in einen größeren Rahmen zu fassen?

Eine Bemerkung zum Schluss: Erstens danke ich Ihnen herzlich, dass Sie alle so sachlich mit diskutiert haben. An diejenigen, die zuhören, möchte ich eine Anmerkung richten. Bisher ist die Frage nach dem Geld aus meiner Sicht unzureichend beantwortet geblieben. Ich weiß immer noch nicht, wie wir von Berlin aus einen Antrag hinbekommen sollen, wenn die 50 Prozent Landesanteil nicht gezahlt werden. Das konkrete Thema haben wir nicht gelöst. Man könnte natürlich sagen, die 15 Mio. €, die am Ort der Topographie des Terrors versenkt wurden, hätten für die SBZ/DDR-Gedenkstätten in Berlin zehn Jahre gereicht, denn wir reden bei diesen Orten nicht über zweistellige Millionenbeträge, sondern über 300.000 oder 500.000 €. Ich finde, dass man wenigstens die Zahlen für alle, die hier zuhören, nennen muss. Keiner will den Gedenkstätten der NS-Zeit irgendetwas wegnehmen. Aber die Größenordnung ist normalerweise 1 zu 10, wenn wir über die NS-Zeit im Vergleich zur DDR reden. Das muss, glaube ich, zum Verständnis gesagt werden. Es geht nicht um die gleichen Summen. Es geht aber darum, dass wir wissen, im Bereich der SBZ/DDR-Gedenkstätten gibt es den Nachholbedarf, einige Investitionen sind dort noch zu leisten, die für die KZ-Gedenkstätten weitgehend geleistet wurden. Im Mai weihen wir die Gedenkstätte in Neuengamme ein. Insofern haben wir wirklich noch weiteren Gesprächsbedarf.

Thomas Lutz: Weil Sie mich direkt angesprochen haben, muss ich eine Bemerkung machen. Der Berliner Senat ist für die Bautätigkeit verantwortlich, ich habe also nichts damit zu tun, wir haben immer nur am Katzentisch gesessen.

Vorsitzende: Wenn Neuengamme 2005 in Betrieb genommen wird, sind das 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Dr. h. c. Joachim Gauck: Punkt 1. Ich nehme die Dinge erst einmal so, wie sie gesagt worden sind. Die Absicht des Abgeordneten Nooke und seiner Kollegen, die den Antrag eingebracht haben, nehme ich erst einmal so, wie ich sie aus dem Text heraus lese. Ich habe kürzlich von der Frau Staatsministerin anlässlich der Übernahme der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und bei vergleichbaren Auftritten gehört, dass sie sich mit großer Aufmerksamkeit und Energie der Aufarbeitung der DDR-Diktatur, der SED-Diktatur widmen wolle. Ich habe nicht gehört, dass sie versuchen wird, das Thema ein bisschen einzukochen; dergleichen konnte ich nicht vernehmen. Von daher denke ich, werden die Parteien, die die Fraktionen tragen, und Herr Dr. Nevermann ihren Wunsch weitertragen. Ich erkläre mich gern bereit, jeder Einladung zu folgen und einem entsprechenden Gremium mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir sind nicht in Eile, wir werden uns noch jahrzehntelang mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen müssen. Und wir haben in Deutschland eine ganz herausragende Situation als Verbindungsglied einer Kultur der Aufmerksamkeit gegenüber Schuld und Versagen, die wir in den Nachkriegsjahrzehnten Schritt für Schritt entwickelt haben, um in unseren osteuropäischen Nachbarländern dafür zu werben. Wir haben zwischen denen, die in Ostdeutschland

für Demokratie und Freiheit gestritten haben, und den Anliegen unserer baltischen und speziell polnischen Verbündeten, die den Kommunismus als das delegitimieren wollen, als was er sich dargestellt hat in seiner Herrschaftsform, eine große Nähe. Insofern haben wir hier wunderbare Voraussetzungen für einen Brückenbau. Ich bin sehr gespannt, von der Frau Staatsministerin zu hören, ob es zu dieser Einberufung von Sachverstand und Engagement kommt.

Punkt 2, 50:50-Regelung: Ich würde sie beibehalten wollen, sie ist enorm wichtig. Aber wir sehen an diesem konkreten Bundesland, in dem wir tagen, wie eng es ist. Der Bund ist mehrfach über seinen Schatten gesprungen und hat gesagt, na gut, wir sehen ein, dass es um eine nationale Aufgabe geht und helfen in höherem Maß bei der Finanzierung. Wir wollen jedenfalls, dass der Bund diese Linie weiterverfolgt.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir brauchen Diskurse über dieses Thema, die auch etwas bewirken. Ich würde so weit gehen zu sagen, in der Regel wird man 50:50 fördern müssen, aber ich würde nicht ausschließen, dass es einzelne Einrichtungen gibt, bei denen der Bund sagt, die übernehmen wir voll. Das hat der Bund schon gemacht, dies wird auch in Zukunft so sein müssen. Zweite Bemerkung: Ich habe vorgeschlagen, dass man ca. alle vier Jahre so etwa wie einen Bundesgedenkstättenbericht macht, in dem man über Trends der Entwicklung redet und daraus Folgerungen zieht, in welche Richtung Veränderungen erfolgen sollten, oder in dem man versuchen könnte, neue Akzente zu setzen. Die vorhandenen Mechanismen sind ja flexibel zu handeln. Aber man muss dennoch nach einiger Zeit überprüfen, was herausgekommen ist. So ein Bericht schiene mir eine Möglichkeit zu sein, um in diesen Fragen jeweils die gesamte Erinnerungslandschaft in den Blick zu nehmen.

Dritte Bemerkung: Ich glaube, wir brauchen auf der einen Seite - da würde ich die Akzente etwas anders setzen, Herr Lutz - die dezentrale Struktur, aber wir brauchen daneben auch die Leuchttürme, einfach auch für die internationale Diskussion. Man muss sich einmal überlegen, wie viele hunderttausend Leute an bestimmte Orte gehen und wie hoch der Anteil von ausländischen Menschen dort ist. Wir brauchen also bestimmte Einrichtungen, die im internationalen Zusammenhang bestehen können und die in diesem Zusammenhang dann auch kommunikationsfähig sind.

Vierte Bemerkung: Wir sind inzwischen in Europa so weit, dass wir diese Fragen nicht nur national diskutieren können. Wir müssen auch über europäische Erinnerungsorte reden. Das heißt, die Orte, die wir gestalten, müssen ebenso wie die der anderen im europäischen Zusammenhang gedacht werden. Wir sollten diese ausschließlich nationale Sichtweise zugunsten einer stärker europäischen Perspektive aufgeben, auf die Dauer jedenfalls.

Dr. habil. Rainer Eckert: Eine Expertenkommission mit zwei Aufgaben ist zu begrüßen: zum einen Evaluation des Vorhandenen, zum anderen Blick in die Zukunft. Bei den Einrichtungen, die der Bund fördert, gibt es unterschiedliche Situationen, es gibt die 100 Prozent vom Bund finanzierten, gut etablierten, gut ausgestatteten Einrichtungen, BStU, Stiftung Aufarbeitung und Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ mit dem Haus in Leipzig. Hier wird es in Zukunft darauf

ankommen, über Zusammenarbeit und weiteres gemeinsames Vorgehen zu sprechen. Das ist ja auch intendiert. Es bleiben zwei große Aufgaben. Das eine ist in Berlin die Schaffung einer Topographie der SED-Diktatur: Haus 1, Hohenschönhausen, Marienfelde und Bernauer Straße. Und es bleiben die Orte in Deutschland, die an die zweite deutsche Diktatur außerhalb Berlins erinnern. Zuerst wären hier Helmstedt-Marienborn und Mödlareuth als die beiden wichtigsten zu nennen. Das von Herrn Knabe vorgeschlagene Museum zum DDR-Widerstand im Tränenpalast lehne ich ab. Das finde ich eine falsche Idee aus verschiedenen Gründen. Zum einen gibt es ein solches Museum in Leipzig, man muss nicht alles verdoppeln, bloß weil es um die Hauptstadt geht. Zum anderen ist der Tränenpalast museal für eine Dauerausstellung denkbar ungeeignet, und drittens handelt es sich nicht um einen Ort des Widerstands, sondern um einen Ort des Leids, der verbunden war mit der deutschen Teilung, mit der Situation in Berlin. Die letzte Bemerkung: Es geht natürlich um europäische Identität, es geht um europäische Freiheitstradition und ein gesamteuropäisches Geschichtsbewusstsein. Hier sind wir ganz am Anfang und alles, was wir hier besprochen haben, sollte in dieses Bewusstsein mit einfließen.

Vorsitzende: Ich bedanke mich ganz herzlich. Auf der Grundlage Ihrer Stellungnahmen war das eine sehr gut vorbereitete Debatte, so dass wir qualifiziert nachfragen konnten. Ich glaube, diese Diskussion hilft uns allen weiter. Ich bin dem BKM sehr dankbar, dass dort in den letzten Wochen viele Ideen eingebracht worden sind, so dass wir jetzt einen Punkt erreicht haben, von dem aus man weiterarbeiten kann. Ich bedanke mich, dass Sie gekommen sind und uns Rede und Antwort gestanden haben. Auch das Klima war gut, nicht polarisierend, nicht gekennzeichnet durch das Rechts-links-Schema. Dass wir uns alle sachlich an der Fragestellung orientiert haben, auch dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Unseren Gäste wünsche ich, kommen Sie gut nach Hause.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

Monika Griefahn, MdB

Vorsitzende